

»Wir müssen aufhören zu wollen, dass die sagen, Ihr dürft.«

Politische Teilhabe von
Migrantinnen*selbstorganisationen
mit Fokus auf ihre Lobby- und
Gremienarbeit



**Die Aufgabe wird uns nicht zugetraut –
wir sitzen nicht mit am Tisch.**

**Wir wurden vergessen –
wir sitzen nicht mit am Tisch.**

**Wir sitzen am Tisch –
wir bekommen weniger oder keine Redezeit.**

**Wir dürfen reden –
niemand hört uns ernsthaft zu.**

**Uns wird zugehört – die Mehrheit hält unsere Anliegen
für unwichtige Randnotizen.**

**Wir teilen unsere Expertise in dem Glauben,
etwas zu ändern – als Dank bekommen wir einen Hand-
schlag und einen Platz in der Mitte des Fotos.**

Auf jede Errungenschaft folgt oft erneute Frustration.

**Echte politische Einflussnahme ist eine Seltenheit –
wir werden nicht ernst genommen.**

Wir bleiben weiter dran!

Inhalt

Editorial	4
1. Einleitung	8
2. Fragestellung und Darstellung des Samples	16
2.1 Methodisches Vorgehen	19
2.2 Soziodemografische Daten der Befragten*	21
2.3 Vereinsstrukturen und -zielsetzungen der teilnehmenden Migrantinnen*selbstorganisationen	24
3. Lobby- und Gremienarbeit von den Migrantinnen* und geflüchteten Frauen*	34
3.1 Positionen in Gremien übernehmen Wenige	36
3.2 Gremien- und Lobbyarbeit – Zugangsbarrieren	37
3.3 Staatliche Förderung gering – Professionalisierung gering	39
3.4 Diskriminierungserfahrungen	42
3.5 Kein Dialog auf Augenhöhe	44
3.6 Transparenz wird vermisst	47
3.7 Trotz allem: Hohe Einsatzbereitschaft	50
4. Inklusive Lobby- und Gremienarbeit stärken – aber wie?	51
4.1 Vernetzung und Solidarität, Wissen und Öffentlichkeitsarbeit	52
4.2 Förderung würde helfen – aber ist nicht alles	56
4.3 Noch mehr Ideen für Inklusion	57
4.4 Ungedekte Bedarfe für eine nachhaltige politische Teilhabe	58

4.5 Rolle des Dachverbands DaMigra e. V.	61
4.6 Trotz Hürden: Mehrheit zieht positive Bilanz	63
5. Zusammenfassung: Aktiv bleiben und fordern.....	66
6. Handlungsempfehlungen	69

Exkurs in die Praxis: Politische Teilhabe auf allen Ebenen stärken

1. Engagement von Migrantinnen* stärken und sichtbar machen.....	71
2. Politische Rahmenbedingungen ändern.....	74

Positionspapier zur politischen Teilhabe von Migrantinnen*

Nachbemerkung	86
Literatur	88
Abbildungsverzeichnis	92

Jeden Tag erleben wir politische Frauen* mit Migrations- und Fluchtgeschichte in Aktion. Es sind Frauen* mit einer enormen Kraft und einem starken Willen. Viele von ihnen haben Vereine gegründet oder sind darin aktiv. Sie tragen seit Jahrzehnten dazu bei, unsere Gesellschaft offener und gerechter zu gestalten. Ihre Organisationen sind nicht nur Expertinnen* für Sozial- und Teilhabepolitik, ihre Expertise umfasst alle gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereiche.

Diese Frauen* sehen wir leider eher selten in den Räumen der Verwaltungen und der Parlamente sitzen, wenn Ausschüsse oder Kommissionen tagen. Mehr als 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts und 70 Jahre nach Verabschiedung des Gleichberechtigungsgesetzes sind Frauen* nach wie vor in Parlamenten erheblich unterrepräsentiert – insbesondere auf

kommunaler Ebene. Noch massiver ist die Ungleichheit im Hinblick auf die Teilhabe von geflüchteten Frauen* und Migrantinnen* an politischen Prozessen. Auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene gibt es im Vergleich zum Anteil an der Gesamtbevölkerung unverhältnismäßig wenige Abgeordnete mit Migrationsgeschichte. In den Parlamenten spiegelt sich die gesellschaftliche Vielfalt nicht wider – das weist auf ein Demokratiedefizit hin.

Dieser gesellschaftliche Missstand ist fatal, denn der Kern einer modernen Demokratie liegt in politischer Mitbestimmung. Während sich die Politik früher auf Abstimmungen mit einigen wenigen großen Verbänden konzentrieren konnte, ist die organisierte Zivilgesellschaft in den letzten Jahrzehnten dynamischer und vielfältiger geworden. Für stabile und gerechte politische Verhältnisse ist es unerlässlich, dieses Phänomen zu berücksich-

tigen und die Runden Tische zu vergrößern. Politische Teilhabe ist nicht nur ein Menschenrecht, sie garantiert auch Legitimität in Zeiten von sinkendem Vertrauen in politische Prozesse.

Laut Statistischem Bundesamt hatte jede vierte Person in Deutschland 2018 eine eigene oder familiäre Migrationsgeschichte. Warum sehen wir nur Wenige von ihnen in Gremien, Dialogforen, Netzwerken und Parlamenten? Wie schätzen sie selbst ihre Einflussmöglichkeiten dort ein? Welche Maßnahmen können getroffen werden, um die politische Mitbestimmung von Migrantinnen* und geflüchteten Frauen* zu erhöhen? Die wissenschaftliche Sachlage zur Beantwortung dieser Fragen ist karg.

Die vorliegende nicht-repräsentative Studie soll erste Antworten finden und zu weiterer Forschung einladen. Ergänzt wird die Studie von zwei Praxisberichten zur Arbeit des Dachverbandes DaMigra e. V. zum Thema. Wir ziehen unser Resümee aus dem Pro-

jekt „Gleichberechtigte politische Teilhabe für Migrantinnen*“ und stellen unser Papier „Politische Teilhabe für Migrantinnen*“ vor, das gemeinsam mit der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin entstanden ist.

Wir danken allen hauptamtlichen wie ehrenamtlichen Teilnehmenden und Interviewpartnerinnen* sehr herzlich, dass sie diese Erhebung zur politischen Teilhabe von Migrantinnen*selbstorganisationen (MSO) mit Fokus auf deren Lobby- und Gremienarbeit unterstützt haben. Alle Befragten gaben Einblicke in ihre Organisationen, in ihre ehrenamtliche oder hauptamtliche Arbeit und Einstellungen. Ihre Mitwirkung hat diese explorative Studie vorangebracht. An dieser Stelle danken wir auch dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die im Rahmen eines Projektes die Umsetzung dieser Studie ermöglicht haben.

**Explorative Studie zur
politischen Teilhabe von
Migrantinnen*selbst-
organisationen (MSO) mit
Fokus auf deren Lobby-
und Gremienarbeit**

Ab 2010 rückten Selbstorganisationen von Migrantinnen*¹ in Deutschland in einen wissenschaftlichen Fokus: Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wurden ihre Organisations-, Netzwerk- und Unterstützungsstrukturen sowie ihre Tätigkeitsfelder untersucht, um auf der Grundlage der Ergebnisse Handlungsempfehlungen für ein Empowerment dieser Organisationen zu formulieren.² Die Studie konnte offenlegen, dass die MSO mit ihrem Wirken und Handeln die Zivilgesellschaft in Deutschland stärken, aber in ihrer Rolle wenig anerkannt, gefördert und wertgeschätzt werden.³ Ein weiteres und

wichtiges Ergebnis war, dass es den MSO bis zu dem Zeitpunkt der Erhebung nicht gelang, in die Mitte gesellschaftlicher Institutionen vorzudringen, da mit ihnen nicht auf Augenhöhe kooperiert wird und sie nicht gleichberechtigt in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden.⁴

Daraus wurde ersichtlich, dass sich die politischen und zivilgesellschaftlichen Institutionen auf kommunaler wie auch auf Landes- und Bundesebene in Deutschland nicht hinreichend interkulturell öffnen. Eine Kernaussage lautete: Migrantinnen*organisationen werden zwar als Zulieferer*innen von Expertise im Rahmen von Migrations-

und Integrationsthemen genutzt, aber ihnen wird keine volle Teilhabe bei allgemein gesellschaftlich relevanten Themen wie Bildung, Arbeit, Gesundheit u. v. m. ermöglicht.⁵

Eines der Hauptanliegen von DaMigra e. V. ist es, auf allen Ebenen der Gesellschaft, der Politik, der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Medien, auf die unersetzbare, inklusive und demokratische Rolle von Migrantinnen*selbstorganisationen aufmerksam zu machen.

MSO haben in den letzten Jahrzehnten in Deutschland wichtige Funktionen für Frauen* mit Migrations- und Fluchtgeschichte übernommen. Sie haben sich im Laufe der vielen Jahre Kompetenzen und besondere Expertise durch ihre Community-, Beratungs- und Begleitungsarbeit im politischen, (psycho-)sozialen, aufenthaltsrechtlichen sowie gesundheitlichen Bereich erworben. MSO gestalten ihre Angebote zielgruppenorientiert, sie sind

oft mehrsprachig, multikulturell und interdisziplinär. Dabei arbeiten sie inklusiv und richten sich an Frauen*, die intersektionale Diskriminierungserfahrungen erleben. In vielen Feldern schließen MSO mit ihren Angeboten Lücken, die im deutschen Hilfe-, Unterstützungs- und Regelsystem für diese Zielgruppe zu selten oder gar nicht vorhanden sind. Darüber hinaus initiieren und installieren MSO kontinuierlich einen Dialog mit anderen Bevölkerungsgruppen in der Zivilgesellschaft. Vor diesem Hintergrund versteht DaMigra e. V. MSO und ihre aktiven Ehrenamtlichen* und Hauptamtlichen* als Vorreiterinnen* einer inklusiven und gleichberechtigten Gesellschaft. Migrantinnen*selbstorganisationen sind sehr vielfältig unterwegs. Ihre Expertise umfasst alle gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereiche. Sie unterstützen und empowern Migrantinnen* und geflüchtete Frau-

¹ DaMigra verwendet eine gendersensible Schreibweise mit Sternchen, die über die Zweigeschlechtlichkeit hinausweist und den konstruierten Charakter des Frauseins hervorhebt.

² Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2010): Forschungsstudie Migrantinnen*organisationen in Deutschland. Berlin, S. 9f., www.bmfsfj.de/blob/94342/bbf84a8a898dde66138874e2efb6b944/migrantinnenorganisationen-in-deutschland-abschlussbericht-data.pdf [Stand: 28.08.2019].

³ Ebd., S. 100ff.

⁴ Ebd., S. 102.

⁵ Ebd., S. 103.

en*, beraten Unternehmen und Behörden, zeigen strukturelle Diskriminierung oder andere Barrieren auf und bekämpfen tagtäglich Rassismus, Sexismus und Mehrfachdiskriminierung. Das Ziel von DaMigra e.V. ist es, die Gesellschaft in Deutschland mitzugestalten. Dazu ist es jedoch unabdingbar, in politischen Feldern und bei Entscheidungen gleichberechtigt partizipieren und mitbestimmen zu können. Die politische Teilhabe von Migrantinnen* und geflüchteten Frauen* wird ihnen in vielen Fällen verwehrt oder nicht anerkannt, weil sie von struktureller Ausgrenzung betroffen sind. Als *politische Teilhabe* wird im Folgenden verstanden: Alle konventionellen Partizipationsformen wie Wahlbeteiligung, Partizipation in Parteien und die Übernahme von politischen Äm-

tern in Parlamenten und Regierungen. Zu politischer Teilhabe gehören zudem auch die weniger institutionalisierten Formen der Partizipation wie Bürgerinitiativen oder Interessensgruppen, Vereine oder neue soziale Bewegungen, Petitionen, Demonstrationen, Streiks oder (illegale) Besetzungen. Die nicht institutionalisierten Formen politischer Partizipation ergänzen die konventionellen Formen politischer Partizipation.⁶

Auf der Jahreskonferenz von DaMigra e.V. „Teilhabe Jetzt! Gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen* in Deutschland“ am 16. und 17. September 2016 in Berlin⁷ wurde das Thema *Politische Teilhabe* aufgegriffen und auf der Jahreskonferenz von DaMigra e.V. am 9. Juni 2017 „Gleiche Stimme – Gleiche Rechte! Politische Teilhabe für Migrantinnen

jetzt“⁸ weiterverfolgt. Verschiedene thematische Workshops und Podiumsdiskussionen regten in diesem Rahmen zum Austausch an – unter anderem mit Vertreterinnen* von Gewerkschaften, Verwaltungen und politischen Parteien. Die Veranstaltung machte erneut deutlich, dass alle teilnehmenden Migrantinnen*selbstorganisationen und auch Selbstorganisationen geflüchteter Frauen* in diesem Feld unterschiedliche Erfahrungen machen und ihre Rolle als Vertreterinnen* von Migrantinnen* und geflüchteten Frauen* wie auch als Bürgerinnen* Deutschlands bislang nicht zufriedenstellend ausüben können.⁹

Das Recht auf Teilhabe in allen Lebensbereichen – im Politischen, Sozialen, Wirtschaftlichen und Kulturellen – ist ein Menschenrecht. Nur durch die

Mitbestimmung aller können Interessenvertretung und Meinungsbild als integraler Bestandteil von Demokratien gewährleistet werden. Auf diversen politischen Veranstaltungen von DaMigra e.V. wurden konkrete Problemlagen und strukturelle Barrieren identifiziert, die eine gleichberechtigte Partizipation und gesellschaftliche Teilhabe von Migrantinnen* und Frauen* mit Fluchterfahrung in Deutschland verhindern.

Migrant*innen¹⁰ ohne deutsche oder andere europäische Staatsangehörigkeit können beispielsweise weder gewählt werden noch ihre Stimme abgeben. Damit werden Menschen entmündigt und an politischer Teilhabe gehindert. Wenn universelle Menschenrechte Einzelnen verwehrt bleiben, betrifft das die ganze Gesellschaft. Der Ausschluss sog-

6 <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-syst em/202091/politische-beteiligung-politische-partizipation?p=all> [Stand: 28.08.2019].

7 DaMigra e.V. (Hg.) (Februar 2017a): *Teilhabe jetzt! Gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen* in Deutschland*. Dokumentation der DaMigra-Jahreskonferenz im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 16. bis 17. September 2016, Berlin, <https://www.damigra.de/themen/politische-teilhabe/> [Stand: 20.09.2019].

8 DaMigra e.V. (Hg.) (August 2017b): *Gleiche Stimme – Gleiche Rechte! Politische Teilhabe für Migrantinnen jetzt!* Dokumentation der Jahreskonferenz von DaMigra am 09.06.2017 in der Werkstatt der Kulturen, Berlin, <https://www.damigra.de/themen/politische-teilhabe/> [Stand: 20.09.2019].

9 <https://www.damigra.de/themen/politische-teilhabe/> [Stand: 19.09.2019].

10 DaMigra verwendet eine gendersensible Schreibweise, die über die Zweigeschlechtlichkeit hinausweist. Migrant*innen meint alle Menschen, die migriert sind, egal welches soziale oder biologische Geschlecht sie haben.

nannter Drittstaatsangehöriger vom Kommunalwahlrecht stellt das Demokratieverständnis der Bundesrepublik Deutschlands infrage. Die Tatsache, dass EU-Bürger*innen seit dem Maastrichter Vertrag (1992) das aktive und passive Kommunalwahlrecht genießen, Drittstaatsangehörige jedoch nicht, zeigt die Differenzpolitik und politische Exklusion von Migrant*innen in Deutschland sehr deutlich.

Die fehlende Repräsentation migrantischer Mitbürger*innen in verschiedenen politischen Strukturen auf kommunaler, auf Landes- oder Bundesebene wurde auf dem Kongress als weiteres Demokratiedefizit identifiziert. Politische Forderungen, Positionen und Perspektiven von Minderheitenpositionen werden im gesamtgesellschaftlichen Diskurs meist nicht berücksichtigt. Fehlende staatliche Förderung von Fort- und Weiterbildungen zur Professionalisierung von Akteurinnen* in den MSO erschwert

den Zugang zu Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen außerhalb des Wahlsystems.

Aus den Reflexionen, welche Rahmenbedingungen existieren müssten, damit die Gleichstellung und Teilhabe von Migrantinnen* und geflüchteten Frauen* erreicht werden könnten, wurden auf dem Kongress für die gesellschaftlichen Bereiche Bildung, Arbeit, Gesundheit und politische Teilhabe eine Vielzahl von gesellschaftspolitischen Forderungen formuliert. Dies zeigte deutlich, dass die Expertise und die Motivation von Migrantinnen*, an politischen Entscheidungsprozessen teilzuhaben, sehr hoch sind. Strukturelle Barrieren verwehren ihnen jedoch dieses Menschenrecht.

Die Ergebnisse beider Veranstaltungen haben DaMigra e.V. motiviert, eine explorative Erhebung durchzuführen, um von den DaMigra-Mitgliedsorganisationen¹¹ mehr darüber zu erfahren, wie sie den Grad ihrer politischen

Teilhabe wahrnehmen und mit Leben füllen und welche Ziele sie politisch verfolgen. Der Fokus der Studie sollte auf der Lobby- und Gremienarbeit von DaMigra-Mitgliedsorganisationen liegen. Vorab wird eingerahmt, welche Definitionen von „Gremium/Gremien“ und „Lobbyarbeit“ in der Studie verwendet werden.

Lobbyarbeit wird als systematische und kontinuierliche Interessenvertretung verstanden, die diese Interessen öffentlich macht und Einfluss auf wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Entscheidungsprozesse ausübt. Die klassische Organisationsform sind u. a. Verbände.¹²

Gremien sind formell institutionalisierte Zusammenkünfte, die auf Dauer oder begrenzt von einer Institution mit unterschied-

lichen Aufgaben betraut werden. Institutionalisiert bedeutet, dass die Arbeitsweisen und Zusammensetzung der Gremien rechtlich festgelegt werden – „sei es in einem Beschluss einer übergeordneten Instanz, einer Satzung, einer Verordnung, einem Gesetz oder gar in der Verfassung“¹³. Wichtig hierbei ist die Anwesenheit von Entscheidungstragenden in diesen Zusammenkünften sowie die Entscheidungs- und/oder Entscheidungsvorbereitungskompetenz, d. h. Beratungskompetenz. Schließlich muss das Gremium in staatliche Politikgestaltung einbezogen sein. Fehlt ihnen die Institutionalisierung, die rechtliche Verfasstheit sowie die Entscheidungskompetenz, so handelt es sich nicht um Gremien.¹⁴

¹¹ Im Erhebungszeitraum zählte DaMigra e.V. 71 Mitgliedsorganisationen.

¹² Alemann, Ulrich von/Eckert, Florian (2006): Lobbyismus als Schattenpolitik. In: Verbände und Lobbyismus. APUZ 15-16. Bundeszentrale für politische Bildung, <http://www.bpb.de/apuz/29795/lobbyismus-als-schattenpolitik?p=all> [Stand: 28.09.2019].

¹³ Nullmeier, Frank/Pritzlaff, Tanja/Weihe, Anne C./Baumgarten, Britta (2008): Entscheiden in Gremien. Von der Videoaufzeichnung zur Prozessanalyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 18.

¹⁴ Ebd. S. 7–10. Siehe auch: Gobert, Jonas (2014): Verbände in staatsnahen Gremien. Die politische Soziologie der funktionalen Repräsentation. Wiesbaden: Springer VS, S. 116, S. 131 f., S. 141 f.

Dabei belegte die Studie, welche herausragende soziale und politische Funktion die MSO von Migrantinnen* als empowernde Stimme für Frauen* mit Migrations- und Fluchtgeschichte einnehmen. Das selbst gesetzte Ziel, migrierten und geflüchteten Frauen* eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben in Deutschland zu ermöglichen, war in vielerlei Hinsicht noch nicht erreicht.¹⁵

Ziel dieser explorativen Erhebung ist es, mehr Aufschluss darüber zu gewinnen, wie fast ein Jahrzehnt später die MSO ihre Lobby- und Gremienarbeit gestalten und ausüben, welche Hindernisse sich für sie auftun, aber auch welche Lösungsstrategien sie entwickeln, um ihre politische Teilhabe zu stärken und ihrer politischen Stimme mehr Gewicht zu geben. Der Anspruch der Untersuchung war es, die aktiven und engagierten Frauen* mit Migrations- und

Fluchtgeschichte selbst zu Wort kommen zu lassen.

MSO wurden befragt, wie ihr Zugang in politische Strukturen ist, auch wie sich ihre Ansprache von politischen Entscheidungsträgerinnen* kommunaler, Landes- und Bundesebene entwickelt hat. Parallel dazu wurde untersucht, wie sie die Rolle von DaMigra als ihren Dachverband einschätzen. Ziel ist es zudem, Erkenntnisse für DaMigra e.V. als bundesweiten Dachverband von MSO zu gewinnen, welche Anliegen die MSO ihre politischen Bedarfe betreffend formulieren und welche politischen Forderungen DaMigra e.V. als Schwerpunktthemen setzen muss, damit langfristig und nachhaltig die politische Teilhabe von Migrantinnen* und geflüchteten Frauen* und ihrer MSO verbessert wird. Die Ergebnisse sollen helfen, die politische Interessenvertretung von MSO zu stärken und sie selbstverständlicher in den politischen Strukturen hierzulande zu verstetigen.

Dies erforderte einen quantitativen und qualitativen Untersuchungsansatz, der nicht auf ein „flächiges“ repräsentatives Abbild der Realität in Maß und Zahl abhebt, sondern darauf, ein empirisch bislang wenig erschlossenes Thema eingehender zu untersuchen. Die Ergebnisse dieser Umfrage erheben zwar keinen Anspruch auf Repräsentativität, sie will sich aber der Problematik von Zugangsbarrieren zur politischen Teilhabe von Migrantinnen* und geflüchteten Frauen* und ihren MSO aus der Sicht dieser Zielgruppe annähern, weitere und gezielte Untersuchungen

anregen und diesen Hypothesen an die Hand geben.

Die vorliegende Studie beschreibt die Ergebnisse der Erhebung und ist wie folgt aufgebaut: Kapitel 2 illustriert die Fragestellung und das methodische Vorgehen, Kapitel 3 stellt den aktuellen Stand der Lobby- und Gremienarbeit der Migrantinnen* und geflüchteten Frauen* vor, während Kapitel 4 die Bedarfe für eine inklusive Lobby- und Gremienarbeit diskutiert. In Kapitel 5 werden Hypothesen auf der Grundlage der Erkenntnisse und in Kapitel 6 schließlich Handlungsempfehlungen ausgesprochen.

¹⁵ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2009): <http://www.bamf.de> [Stand: 28.08.2019].

Entgegen weitverbreiteter gesellschaftlicher Annahmen kommt Frauen* eine gewichtige Rolle in Migrationsprozessen zu. Im Jahr 2018 hatten 24,5% der Frauen* in Deutschland einen Migrationshintergrund im weiteren Sinne.¹⁶ Bereits 1970 machten Frauen* rund ein Drittel aller Erwerbstätigen ohne deutsche Staatsbürgerschaft aus.¹⁷ Die Nachfrage nach feminisierter Arbeitskraft nimmt aufgrund von globalen Betreuungsketten (*care chains*) und weltweit ungleich verteilten Ressourcen

zu.¹⁸ Viele, teils auch hoch qualifizierte, Frauen* migrieren nach Deutschland, um dann hierzulande zum Beispiel als Pflege- oder Haushaltskräfte zu arbeiten (ebd.). Auch unter Asylantragsteller*innen ist der Anteil der Frauen* gestiegen. Während 2015 noch ein Drittel aller Antragssteller*innen weiblich war, ist die Zahl 2018 auf 43% gestiegen.^{19,20}

Selbstorganisierte Migrantinnen* traten bereits vor einem halben Jahrzehnt in Deutschland als politische Akteure auf. In den 1970er

Jahren setzten sich koreanische Krankenpflegerinnen* gegen das ungleiche Arbeits- und Aufenthaltsrecht für asiatische Arbeitsmigrantinnen* und für die staatliche Anerkennung des in Korea erworbene Krankenschwesterndiploms sowie die Anerkennung der Berufspraxis ein.^{21,22} Überwiegend migrantische Arbeiterinnen erkämpften sich 1974 in einem Wildern Streik bei einem Autozulieferer bei Pierburg eine gerechtere Bezahlung.²³ Migrantinnen* setzten sich nicht nur für ihre Rechte als Erwerbstätige ein, sondern auch für ihre Rechte als selbstbestimmte Frauen* – beispielsweise im Kampf gegen eheabhängige Aufenthaltstitel.²⁴ Aus diesen und anderen politischen Bestre-

bungen sind zahlreiche Migrantinnen*selbstorganisationen hervorgegangen, die auch heute noch aktiv sind.

Das Engagement der Migrantinnen* spiegelte sich auch in fortschrittlichen Teilen der Migrationsforschung wider. Fragen nach strukturellen Zugangsbarrieren, Mehrfachidentitäten und -diskriminierung beendeten die einseitige Fokussierung auf Männer* im Migrationsprozess. Migrationsstudien zu Beginn der 1990er Jahre zeigen, dass Migrantinnen* im Gegensatz zu Migranten* eher bereit sind, primäre Rollen in Gemeindeorganisationen in der Aufnahmegesellschaft zu übernehmen.²⁵ Darüber hinaus wurde gezeigt, dass Migrantinnen* und Migranten*

¹⁶ Statistisches Bundesamt (Hg.) (2019): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2018, Fachserie 1, Reihe 2.2, S. 61.

¹⁷ Mattes, Monika (2005): „Gastarbeiterinnen“ in der Bundesrepublik. Anwerbepolitik, Migration und Geschlecht in den 50er bis 70er Jahren. Frankfurt: Campus Verlag.

¹⁸ Lutz, Helma (2018): Care migration: The connectivity between care chains, care circulation and transnational social inequality. *Current Sociology*, 66(4), S. 577–589.

¹⁹ PHINEO (Oktober 2018): Fempowerment: Geflüchtete Frauen in Deutschland stärken, S. 9, <https://www.bmfsfj.de/blob/129754/630babbd1ba33da39f69380f88318f73/phineo-expertise-fempowerment-data.pdf> [Stand: 12.09.2019].

²⁰ Demografie von Asylsuchenden in Deutschland: Infografiken zu Alter, Geschlecht und Herkunft von Asylsuchenden vom 17.2.2020, <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/flucht/zahlen-zu-asyl/265710/demografie> [Stand: 08.06.2020].

²¹ Koreanische Frauengruppe (1990): 25 Jahre koreanische Krankenschwestern in Deutschland. Berlin.

²² Koreanische Frauengruppe (1978): Dokumentation, Koreanische Frauengruppe BRD + Westberlin.

²³ Bojadžijev, Manuela (2008): Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration. 1. Aufl. Münster: Verl. Westfälisches Dampfboot, S. 162 ff.

²⁴ Schwenken, H. (2000): Frauen-Bewegungen in der Migration. Zur Selbstorganisation von Migrantinnen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Lenz I. et al. Frauenbewegungen weltweit. Reihe Geschlecht und Gesellschaft, vol 18. VS Verlag für Sozialwissenschaften.

²⁵ Jones-Correa, Michael (1998): Different Paths: Gender, Immigration and Political Participation. *International Migration Review*, 32(2), S. 328.

sehr unterschiedliche Vorstellungen von Politik haben.²⁶

Da die Migrationsforschung heute als interdisziplinäre Forschung betrachtet wird, liegt der Fokus nicht mehr nur auf Familien und Haushalten, sondern auch auf dem selbstbestimmten Leben von Frauen* an ihren neuen Wohnorten. Ein Bericht der Vereinten Nationen über Frauen* und Migration stellt fest, „dass der Einfluss des Status und der Rollen von Frauen auf ihre Migrationsbereitschaft auf drei Ebenen berücksichtigt werden müssen: individuell, familiär und gesellschaftlich“.²⁷ Dabei werden nicht nur ihr Familienstand, ihre Stellung in der Familie sowie die Struktur der Familie betrachtet, sondern auch Eigenschaften der Frauen* als eigenständige Individuen, z.B. ihr Bildungsabschluss, ihre beruflichen Kompetenzen sowie Gemeinschaftsnormen und kulturelle Werte.

Die neueren Erkenntnisse aus

der Migrationsforschung und die zahlreichen politischen Aktivitäten von Frauen* mit Migrationsgeschichte in den vergangenen Jahrzehnten, sind ein Anlass zur Reflexion und Bewusstwerdung: Was konnten Migrantinnen* und geflüchtete Frauen* bis heute in Deutschland hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Gleichstellung erreichen und wie? Was hat sich an ihren Problemlagen verändert? Wie ernst werden sie von Parteien und politischen Vertreter*innen genommen? Wie kann es sein, dass Frauen*, die heute in Deutschland ankommen – in ein Land, das auf eine 70-jährige Einwanderungsgeschichte zurückblickt –, dieselben Sorgen haben und auf die gleichen Probleme stoßen, wie Migrantinnen* vor 30 bis 40 Jahren? Warum erleben sie immer noch Rassismus, Sexismus, andere Formen der Diskriminierung und Ungleichbehandlung? Einen Teil dieser Fragen wollen wir mit dieser

Studie mit einem Fokus auf die Teilhabe von Frauen* mit Migrationsgeschichte in Gremien beantworten. Für uns war es wichtig für die Erhebung, die Betroffenenperspektive einzuholen und damit die Gedanken, Wünsche und Forderungen von Engagierten* in MSO aufzunehmen: Wie beschreiben die politisch aktiven Frauen* ihre Bündnis- bzw. Netzwerkarbeit? Welche Erfahrungen machen sie

in der Gremienarbeit? Auf welche Barrieren, Hürden und Widerstände stoßen sie in ihrer politischen Arbeit und wie können sie in Gremien und Netzwerken auf Augenhöhe in einen Dialog treten?

Mit dem Ziel, diese Fragen zu beantworten, wurde die Forschungsarbeit in zwei Schritten umgesetzt und umfasst sowohl eine quantitative als auch eine qualitative Erhebung.

2.1 Methodisches Vorgehen

Die explorative Studie bestand aus der Versendung eines 5-seitigen Fragebogens an die Mitgliedsorganisationen von DaMigra e.V. Darüber hinaus erfolgte eine intensive Befragung von 20 Frauen*, die haupt- oder ehrenamtlich in einer MSO aktiv sind.

Die quantitative Erhebung legte den Fokus auf die politische Selbstorganisation der Mitglieder durch ihre Gremien- und Lobbyarbeit. Der Fragebogen wurde auf

Deutsch konzipiert und enthielt 28 Fragen.²⁸ Davon ließen 6 Fragen lediglich eine Antwort durch Ankreuzen zu (teils waren Mehrfachnennungen möglich). Bei 22 Fragen konnten die Teilnehmenden ihre Antworten selbst ausformulieren. Ziel der Fragebogen-Erhebung war es, zum einen Daten zur persönlichen, beruflichen und familiären Situation sowie zum politischen Engagement der Frauen* zu erheben, zum anderen Infor-

²⁶ Ebd.

²⁷ Boyd, Monica/Grieco, Elizabeth (2003): Women and Migration: Incorporating Gender into International Migration Theory, Migration Policy Institute, <https://www.migrationpolicy.org/article/women-and-migration-incorporating-gender-international-migration-theory> [Stand: 14.06.2019].

²⁸ Für die Übersetzung des Fragebogens in mehrere Sprachen waren leider keine Zeitressourcen vorhanden.

mationen darüber zu erhalten, wie die Selbstorganisation gestaltet ist und welche Erfahrungen in der Gremienarbeit auf kommunaler, Landes- und Bundesebene gemacht werden. Der Fragebogen konnte jeweils nur von einem Vereinsmitglied ausgefüllt werden. Diese Teilerhebung wurde von August bis Oktober bundesweit 2017 durchgeführt und hatte einen Rücklauf von 87 Fragebögen, 15 kamen nicht komplett ausgefüllt oder leer zurück.

Die zusätzliche Befragung dient dazu, die Diskussion zu und über die Lobby- und Gremienarbeit von MSO qualitativ zu vertiefen und die quantitativen Befunde der Fragebögen zu ergänzen. Da sichergestellt werden musste, das Thema *Erfahrungswerte in der Lobby- und Gremienarbeit* beleuchten zu können, wurden in einem zweiten Schritt leitfadengestützte persönliche Interviews mit denjenigen Teilnehmerinnen* geführt, die in

den Fragebögen Aussagen zu ihrer Lobby- und Gremienarbeit gemacht hatten und die zum Thema über mehr Erfahrungen verfügen als die Mehrheit der Teilnehmenden der Fragebogenerhebung. Die rund 45-minütigen Gespräche wurden teils auf Deutsch und teils auf Türkisch geführt und aufgenommen – teils direkt bei Interviewpartnerinnen vor Ort oder in Form von Telefoninterviews. Daraufhin wurden die Interviews transkribiert und ausgewertet.²⁹ Insgesamt konnten 20 Interviewpartnerinnen mittels „snowball sampling“³⁰ gewonnen und im Herbst 2017 mit ihnen die vertiefenden Gespräche geführt werden.³¹ Der Fokus lag auf

- ◆ der Selbstorganisation der MSO,
- ◆ den Erfahrungen mit Netzwerk-, Lobby- und Gremienarbeit,
- ◆ der Rolle von DaMigra e.V. für die politische Teilhabe und
- ◆ den Strategien gegen Ausschlüsse bei der politischen Arbeit.

²⁹ Kuckartz, Udo (2016): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden. Praxis, Computerunterstützung. Weinheim, Basel.

³⁰ research-methodology.net/sampling-in-primary-data-collection/snowball-sampling/ [Stand: 28.08.2019].

³¹ Es wurde allen Interviewpartnerinnen* eine Anonymisierung zugesichert.

2.2 Soziodemografische Daten der Befragten*

In diesem Kapitel werden kurz Staatsbürgerschaft, Altersstruktur, Bildungsabschluss, Familienstand und Berufstätigkeit der Befragten vorgestellt.

Die Hälfte der Befragten gab an, eine deutsche Staatsangehörigkeit zu haben, 16 % davon besitzen die doppelte Staatsbürgerschaft. Nur 5 % sind EU-Bürgerinnen*, fast die Hälfte der Teilnehmenden stammt nicht aus der EU bzw. 45 % der Befragten haben eine Drittstaatsangehörigkeit (siehe Abb. 1).

Die Mehrheit der Befragten ist über 40 Jahre alt (45 %), ein Drittel ist über 20 Jahre alt und ein Zehntel über 60 Jahre alt. Dies bedeutet, dass in den MSO viele Frauen* engagiert sind, die Lebenserfahrung haben und gleichzeitig jung genug sind, Kraft und Energie für ihr Engagement einzubringen. 13 % der Befragten gaben ihr Alter nicht an (siehe Abb. 2).

Bedeutsam ist, dass über zwei Drittel (77 %) der Befragten berufstätig ist. Nur knapp ein Fünf-

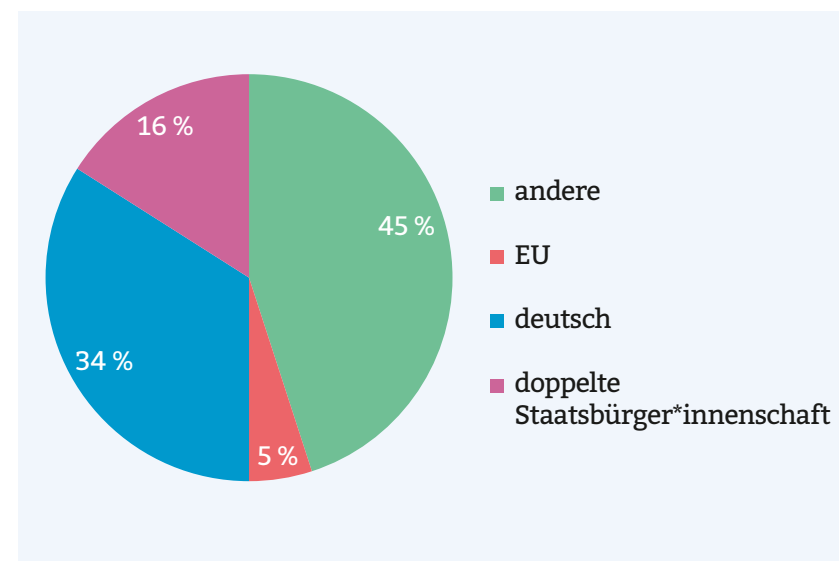


Abb. 1: Staatsangehörigkeit(en) der Befragten

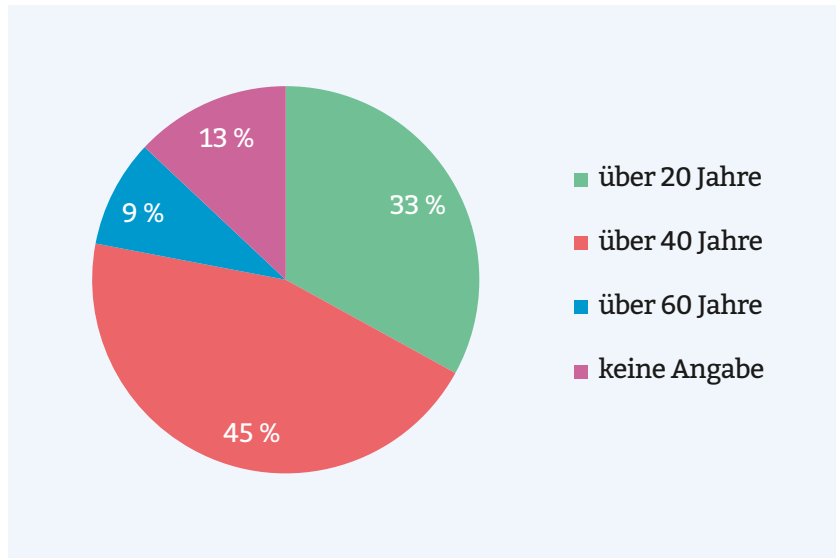


Abb. 2: Altersdurchschnitt der Befragten (in Jahren)

tel geht keiner Erwerbstätigkeit nach, die große Mehrheit (88%) hat einen formalen Bildungsabschluss, lediglich 2% verfügen über keinen. Ein Zehntel der Teilnehmenden ließ diese Frage unbeantwortet (siehe Abb. 3).

65% der Befragten sind verheiratet, ein Drittel gab an, nicht verheiratet zu sein (siehe Abb. 4). Jedoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass hier eine gewisse Anzahl in einer festen Partner-

schaft lebt.³² 72% der Frauen* haben Kinder. 22% aller Befragten gaben an, noch minderjährige Kinder zu Hause zu haben. Die Daten lassen vermuten, dass für viele Frauen* es eine Herausforderung sein dürfte, Beruf, Ehrenamt und Familie zu vereinbaren und ihre Zeitressourcen zu gewichten. Es kann vorab die These formuliert werden, dass für das ehrenamtliche Engagement lediglich wenig Zeit übrig bleibt.

³² Es handelte sich um eine Ja/Nein-Frage ohne Wahlmöglichkeit eines anderen Beziehungsstatus.

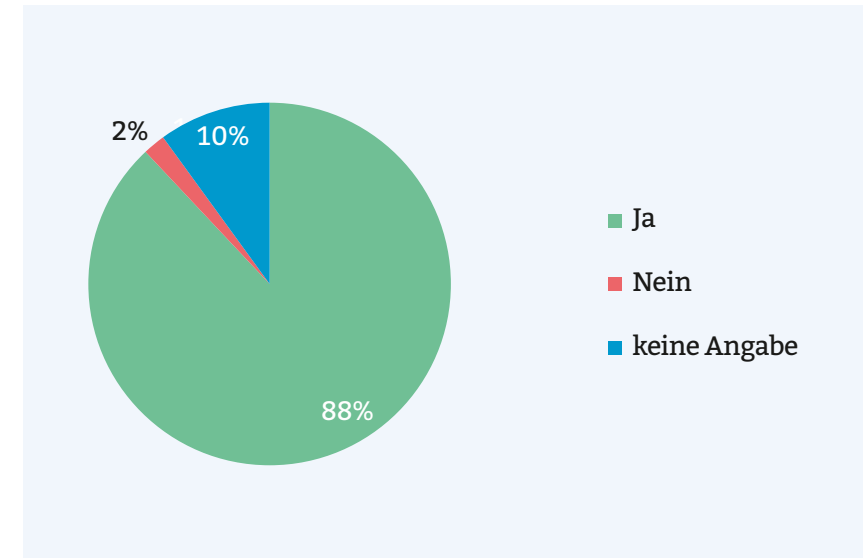


Abb. 3: Haben Sie einen Bildungsabschluss?

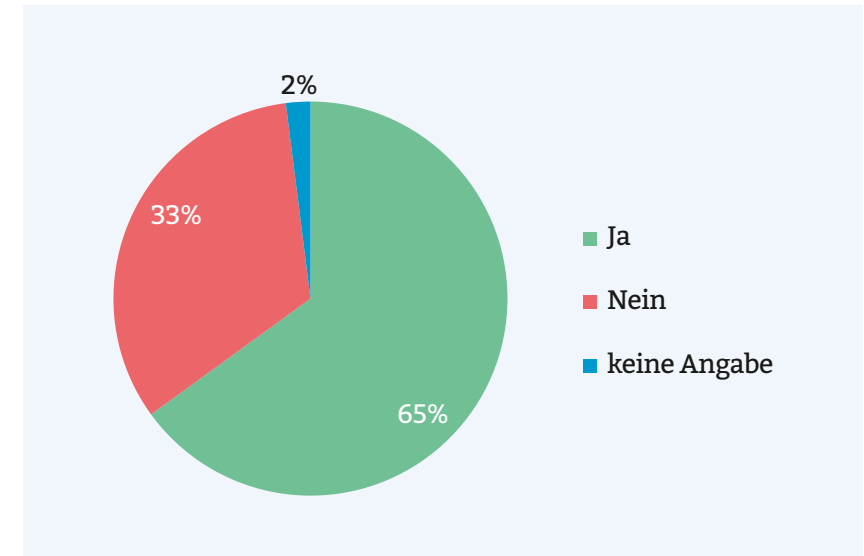


Abb. 4: Sind Sie verheiratet?

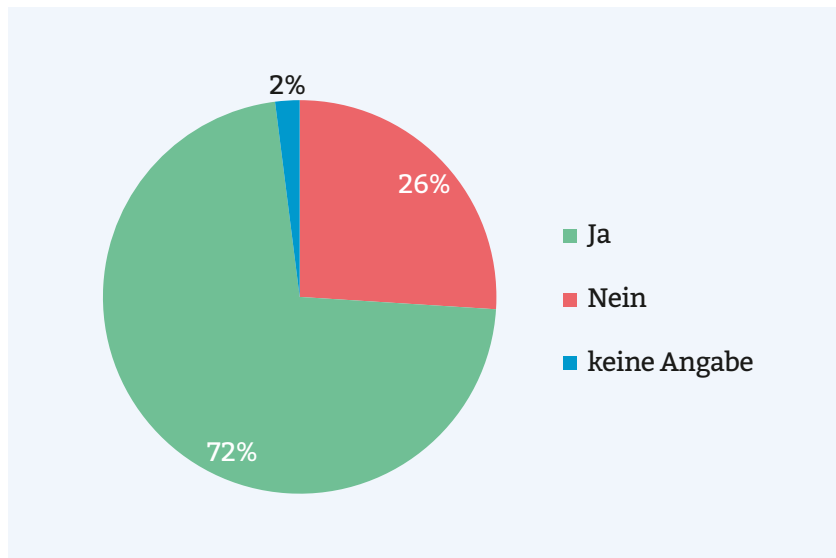


Abb. 5: Haben Sie Kinder?

Positiv dürfte sich für die MSO auswirken, dass unter den Akti-

ven* eine hohe Bildungskompetenz vorhanden ist.

2.3 Vereinsstrukturen und -zielsetzungen der teilnehmenden Migrantinnen*selbstorganisationen

Die Mehrheit der MSO, die an der Erhebung teilgenommen hat, wurde im Zeitraum zwischen 2000 und 2017 offiziell als Verein eingetragen. Im Sample waren auch Vereine dabei, die teils bereits seit über 30, 40 Jahren bestehen, aber als informeller Zusammenschluss

existierten und nicht im Vereinsregister standen. Diese waren lokalgebunden, privat organisiert und überwiegend mit Mitgliedern aus einem bestimmten Herkunftsland. Sie dienen dem Erfahrungsaustausch, dem gegenseitigen Empowerment und der Vernetzung.

Vielfach führten unterschiedliche Erfahrungen und Bedarfe von geflüchteten Frauen*, Migrantinnen*, Women of Color oder Schwarzen Deutschen zu einer MSO-Gründung: Es kann der Wunsch nach gesellschaftlicher und politischer Partizipation sein, Widerstand gegen die Bevormundung durch etablierte, weiße, deutsche Institutionen und/oder das Ziel, die eigenen Interessen zu vertreten. Zur Illustration eine Interviewpassage:

„Ich habe gesagt, wir Frauen müssen uns selbst organisieren [...] das ist ein Schock für Deutsche, weil – sie sind nicht gewohnt, dass die Flüchtlingsfrauen was organisieren. [...] Alle meine Leute hab' ich weitergebracht! Ich will, dass sie arbeiten und selbst aktiv werden [...].“

Ehrenamtliche*/
Vorstandsmitglied

Die Mehrheit der MSO arbeitet nach Aussage der Interviewten* überparteilich und religionsun-

abhängig. Die Mitgliederzahlen bewegen sich zwischen sieben und 500 Personen. Der Durchschnitt liegt bei ca. 20 bis 50 Mitgliedern. Größtenteils handelt es sich um herkunftsabhängige Selbstorganisationen, die v.a. die in der Community existierende(n) Sprache(n) als Bezug nennen. Ziel ist es, neu Angekommenen Angebote in der Erstsprache zu machen (Beratung, Information und Orientierung), um ihnen das Ankommen zu erleichtern. In der MSO-Landschaft gibt es aber auch einige herkunftsunabhängige Vereine, die eine weitere Zielgruppe ansprechen wollen.

Nach wie vor, das zeigen die Auswertungen, erfolgen Vereinsgründung und -arbeit vor allem durch das Engagement Ehrenamtlicher. Auch wenn die Mehrheit der intensiver befragten MSO im Durchschnitt eine bis drei Hauptamtliche beschäftigen, die vor allem verwaltungstechnische Aufgaben übernehmen, hängen Kontinuität und Erhalt der Vereine von ehrenamtlichem Engagement und

Arbeit ab. Das Ehrenamt ist unentbehrlich. Aber auch die Koordinierung des Ehrenamts erfordert zunehmend ein qualifiziertes Fachpersonal. Dies führt mitunter zum Ausschluss von Ehrenamtlichen, die sich über die Jahre durchaus fachliches Wissen und Expertise angeeignet haben, aber darüber kein offizielles oder anerkanntes Zertifikat verfügen und deshalb – wenn es dann möglich wird – hauptamtlich beschäftigt werden können.

Fast alle Interviewten* gaben an, Zugang zu Räumlichkeiten zu haben. Entweder handelt es sich um eigene Räume oder es werden alternative Lösungen gefunden, wie z.B. das Anmieten von Räumen oder die Nutzung von Räumlichkeiten weißer deutscher Stiftungen oder Vereine.

Die Häufigkeit von Mitgliedersitzungen variiert sehr stark und die Taktung ist davon abhängig, über welche Ressourcen eine MSO verfügt. Fehlen die passenden Räume, leben die Mitglieder an unterschiedlichen Wohn- und Standorten über eine Region ver-

streut und sind dazu nicht sehr mobil, werden Versammlungen seltener anberaumt. Die Mehrheit der MSO organisiert jedoch monatliche Treffen.

Die vorwiegend ehrenamtlichen Vereinsstrukturen bringen es mit sich, dass Aktive für ihre Einkommenssicherung arbeiten gehen; ihr Engagement für eine MSO konkurriert folglich mit Berufstätigkeit und in den meisten Fällen auch mit familiären Verpflichtungen. Nicht immer können Ehrenamtliche zuverlässige Mitstreiterinnen* sein. Dies beschreibt eine Interviewpartnerin wie folgt:

„Wir haben das ganze Projekt unterschätzt, [...] es hat uns komplett den Boden unter den Füßen [weg]gerissen, weil wir dann gemerkt haben, o.k. das ist eigentlich Vollzeitbetreuung. [...] Und mit diesen Ehrenamtlichen ist es halt auch immer super einerseits, andererseits sind die so logischerweise auch unzuverlässig, weil immer irgendwas plötzlich [dazwischenkommt]. Ich hatte

das Gefühl, es ist mehr Arbeit, als dass es unterstützt, 'ne Zeit lang zumindest.“

Hauptamtliche

Die – wie oben beschrieben – mangelnden Finanz-, Personal- und Zeitressourcen von MSO, so die Aussagen der Mehrheit der Interviewpartnerinnen*, versteinern eine fragile Infrastruktur, verhindern ein konsequentes nachhaltiges Arbeiten und führen zu Unsicherheiten bei Vereinsaktiven. Dennoch werden die MSO-Aktivitäten vielseitig, bedarfsorientiert und größtenteils partizipativ und barrierearm gestaltet.

Die Auswertung der Fragebögen ergab, dass kulturelle Aktivitäten mit 20% ein Schwerpunkt vieler Vereine sind, dicht gefolgt von Beratung und Empowerment von Migrantinnen* und/oder geflüchteten Frauen* (19%). Politische Aktivitäten nannten 17% der MSO als Engagement, 10% die politische Bildungsarbeit und 9% die Kampagnenarbeit (Demonstrationen, Info-Veranstaltungen, Online-Petitionen usw.). Die beiden letzteren

Kategorien richten sich vor allem an eine externe Öffentlichkeit.

Die Beratungsangebote variieren und wandeln sich beständig. Es gibt gesundheitliche, gewaltschutzrechtliche, arbeits-, aufenthalts- und mietrechtliche Beratungen. Politische und kulturelle Aktivitäten finden eher im Rahmen von Informationsveranstaltungen, von Seminaren, Kursen, Workshops u.a. statt. Einige MSO bieten sogar zertifizierte Fortbildungen an, z.B. im gesundheitlichen Bereich in Kooperation mit Ärztinnen* und Ärzten*. Angeboten werden ebenfalls Existenzgründungsseminare und Deutschsprachkurse. Im Feld der Gesundheitsförderung und in Angeboten zur psychosozialen Beratung engagieren sich 7% der befragten MSO, gleichauf sind Medienangebote und Sprachkurse (je 7%). Nur 4% der Vereine gaben an, religiöse Aktivitäten zu befördern (siehe Abb. 6).

Die Zielgruppe der MSO sind überwiegend Migrantinnen* und Frauen* mit Fluchtgeschichte. Einige äußerten aber den Wunsch,

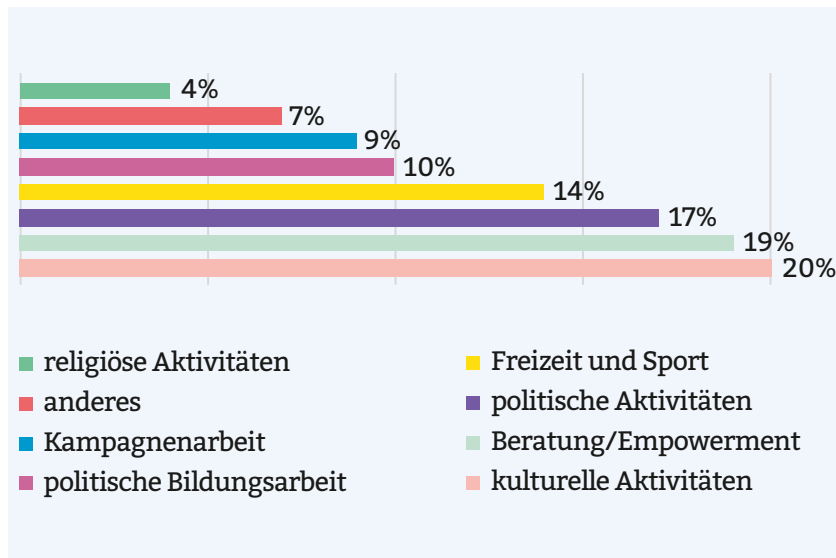


Abb. 6: Vereinsaktivitäten

ihre Zielgruppe zu erweitern und langfristig geschlechts- und generationsübergreifend zu arbeiten. Wiederum äußerten einige den Wunsch, ihre Jugendarbeit im Bereich der politischen Bildung zu stärken.

Es fällt auf, dass knapp ein Drittel der Frauen* über viele Jahre in einem Verein aktiv sind: 16% der Befragten gaben an, sich seit über 20 Jahren zu engagieren, 12% zwischen 10 und 20 Jahren. 57% zwischen 0 und 10 Jahren. 15% der Frauen* machen zur Dauer ihres Engagements keine

Angaben (siehe Abb. 7). Die Daten weisen darauf hin, dass in einer Vielzahl von MSO Frauen* mit Vereinserfahrung und Durchhaltevermögen engagiert sind – eine wertvolle Ressource.

Nur ein sehr geringer Teil der Befragten ist in ihrem Verein hauptamtlich tätig (11%), 90% engagieren sich ehrenamtlich, davon ein Drittel als Vorstandsmitglied. Knapp über die Hälfte der Befragten ist als einfaches Mitglied registriert. Dies sagt jedoch nichts darüber aus, in welcher Form die Einzelne über die

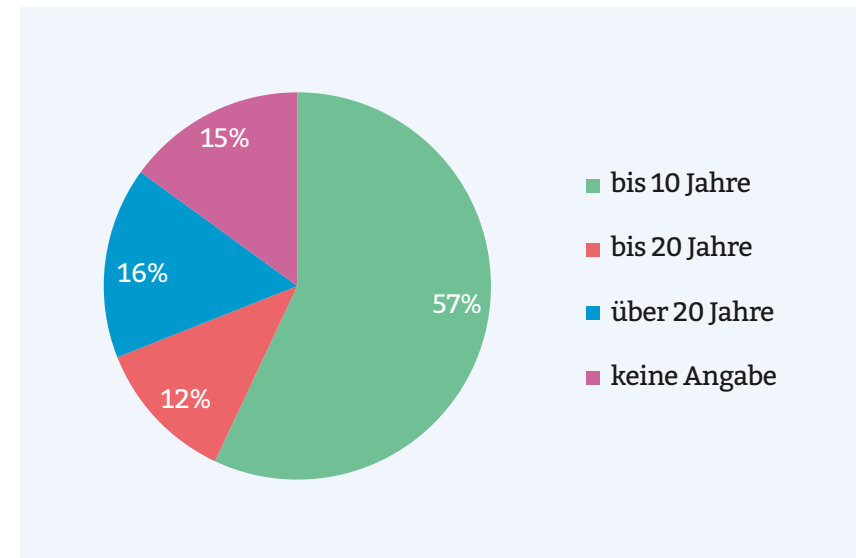


Abb. 7: Dauer des Vereinsengagements (in Jahren)

Mitgliedschaft hinaus für einen Verein aktiv ist. Interessanter Befund ist, dass zu einem Drittel die Befragten den Verein mitgegründet haben, fast die Hälfte wurde über das soziale Umfeld in den Verein gebracht. Nur knapp über ein Zehntel der Befragten haben sich aus Eigeninitiative einem Verein angeschlossen (siehe Abb. 8 und 9). Dies zeigt, wie wichtig die Rolle der MSO ist, um die Gruppe der Frauen* mit Flucht- und Migrationsgeschichte zu erreichen. Ihnen gelingt es, die Zielgruppe anzusprechen

und zur politischen Teilhabe zu empoweren. Nur in seltenen Fällen suchen die Frauen* eigenständig nach Beteiligungsmöglichkeiten. Die Ursache hierfür liegt unter anderem an dem begrenzten Zugang zu Informationen bezüglich bestehender Partizipationsräume.

Die MSO und ihre Aktivitäten werden sehr stark oder gänzlich über das Ehrenamt getragen. Eine Tatsache, die sich – wie später festzustellen ist – nicht nur positiv auf die Durchschlagskraft von MSO auswirkt. Begründet wird die ge-

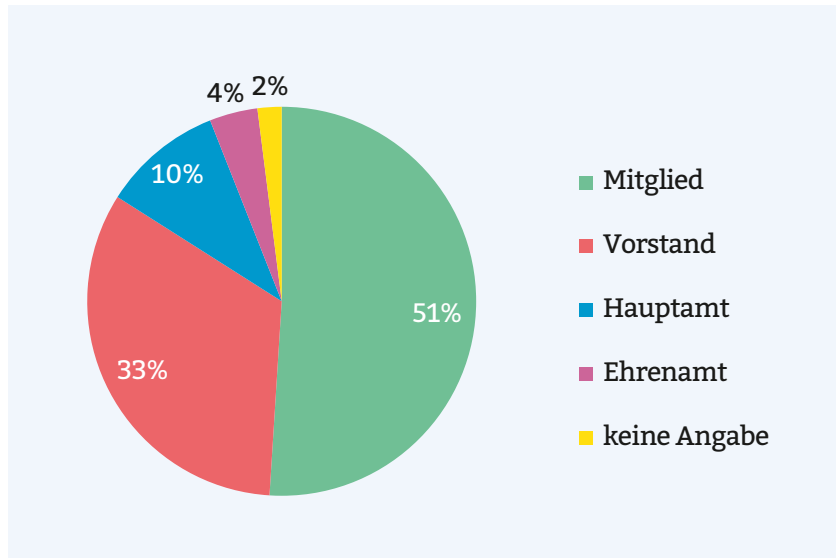


Abb. 8: Position im Verein

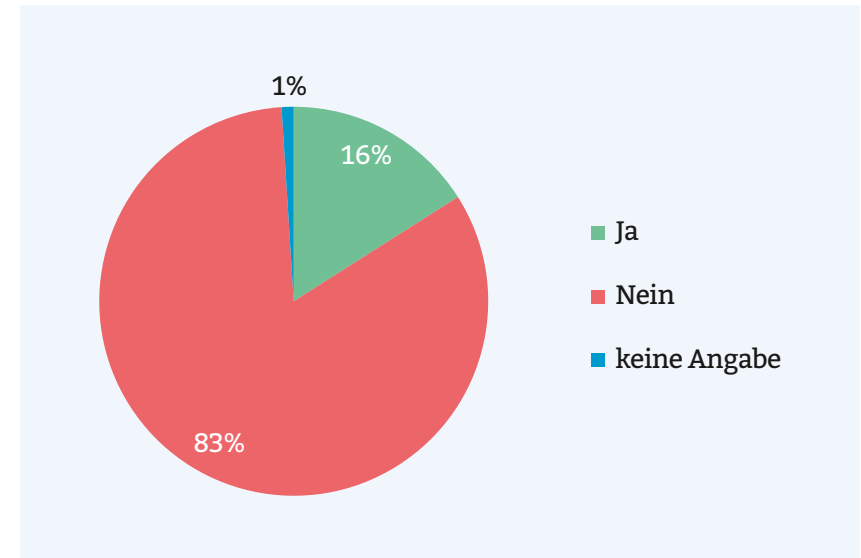


Abb. 10: Gehören Sie einer Partei an?

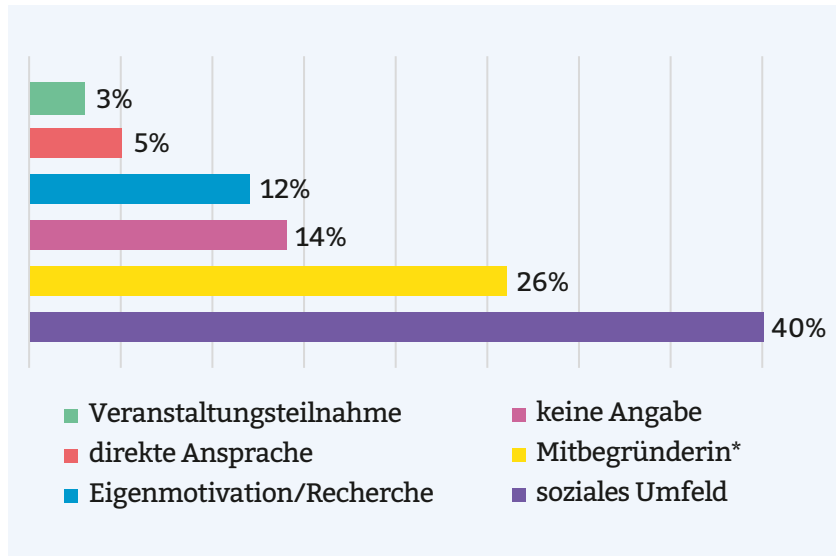


Abb. 9: Grund für die Mitgliedschaft

ringe Anzahl Hauptamtlicher damit, dass dem Verein für die Beschäftigung hauptamtlicher Mitarbeiterinnen* keine Ressourcen zur Verfügung stehen.

Gefragt wurde auch, wer sich parteipolitisch engagiert: 16% der Frauen* gehören einer Partei an, die große Mehrheit der Befragten* (83%) nicht.³³ Nur ein Prozent der Befragten hat dazu

keine Angaben gemacht. Auf die Frage, wie lange die Parteiaktivität schon anhält, antwortete fast ein Drittel, seit über 15 Jahren aktiv zu sein, 43% schon seit fünf Jahren, 7% seit fünf bis 10 Jahren und 7% zwischen 10 und 15 Jahren. Dies macht deutlich, dass die Frauen*, die sich parteipolitisch engagieren, dies dann konsequent und lang anhaltend

³³ Der Anteil der Frauen* unter den mehr als einer Million Parteimitgliedern liegt in Deutschland insgesamt nur bei höchstens 0,28: Nicht einmal ein Drittel der Parteimitglieder sind Frauen*, <https://prlbr.de/2018/geschlechterverteilung-in-der-bundespolitik/> [Stand: 29.08.2019].

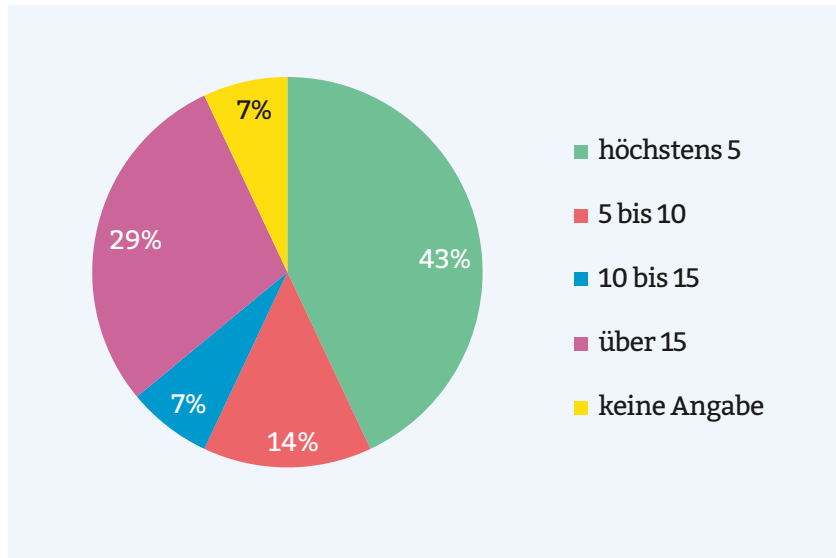


Abb. 11: Dauer der Parteizugehörigkeit (in Jahren)

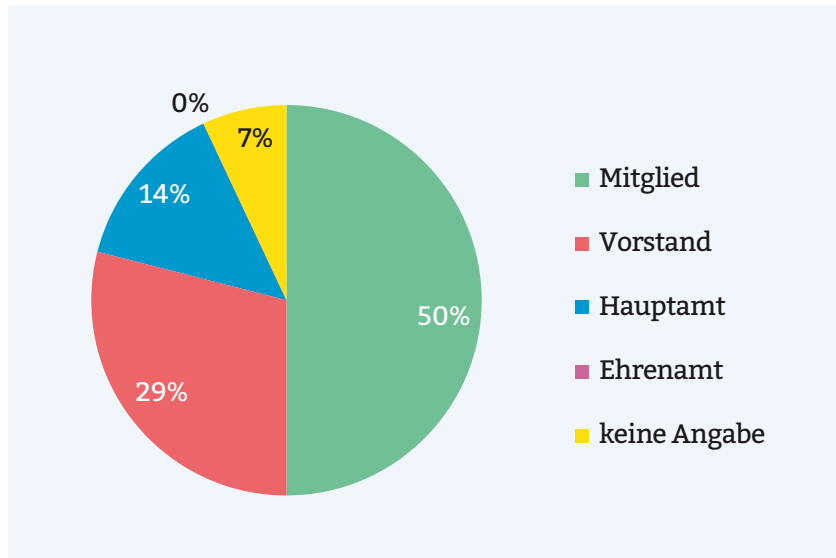


Abb. 12: Position in der Partei

tun – ähnlich ihrem verbindlichen Engagement in einer MSO. Auch wenn die Hälfte derjenigen mit einer Parteizugehörigkeit lediglich Parteimitglieder sind, hält

ein Drittel eine Vorstandsfunktion inne, 4% haben ein Mandat in ihrer Kommune, 7% sogar ein Mandat auf Landesebene (siehe Abb. 10, 11 und 12).

Lobby- und Gremienarbeit von den Migrantinnen* und geflüchteten Frauen*

Obwohl heute Politiker*innen mit Migrationsgeschichte auf Bundes- oder Landesebene tätig sind, lautet aktuell eine zentrale Frage: „Doch wie steht es um die politische Beteiligung der Menschen mit Migrationshintergrund an der Basis?“³⁴

Hierzu erst einmal eine kurze Bestandsaufnahme der bestehenden Beteiligungsrechte von Migrant*innen im politischen und sozialen Bereich: Das Bundesverfassungsgericht entschied im Jahr 1990, dass Bürger*innen mit einer nicht-deutschen Staatsangehörigkeit kein Stimmrecht haben sollen. Der Beschluss nahm Bezug auf das Gesetz, das in Hamburg und Schleswig-Holstein über das aktive und passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene für Migrant*innen verabschiedet wurde. Das Bundesver-

fassungsgericht betonte in seiner Entscheidung, der Bundestag solle Gesetze zum Abbau von Hürden für die Einbürgerung erlassen. Er akzeptierte wiederum, dass es ein Stimmrecht bei Wahlen zum Europäischen Parlament und bei Wahlen für die Gemeinschaftsorgane für Bürger*innen der Europäischen Union geben muss. Inzwischen hat der Bundestag die Privilegien für EU-Bürger*innen mit 140 Verfassungsänderungen umgesetzt, auch die Bundesländer haben ihre Gesetzgebung entsprechend geändert. Aber abgesehen von dieser Ausnahme hängt das grundlegende Bürgerrecht auf Wahlen von der deutschen Staatsbürgerschaft ab. Dies führt grundsätzlich zu folgender Forderung: „Entweder die Einbürgerungsvorschriften anzupassen oder erneut zu ver-

suchen, das Wahlrecht für alle ausländischen Bürger nach einer bestimmten Aufenthaltsdauer zu erweitern.“³⁵

Der Einbürgerungsprozess verläuft zudem nicht chancengleich und gleichberechtigt ab: Für diejenigen, die mit einem*einer deutschen Ehepartner*in verheiratet und bereits EU-Bürger*in sind, dauert er drei Jahre und für Nicht-EU-Bürger*innen (einschließlich geflüchteter Menschen und Migrant*innen) bis zu acht Jahre. Von den meisten Bürger*innen aus Nicht-EU-Ländern wird darüber hinaus erwartet, dass sie auf ihre frühere Staatsangehörigkeit verzichten, um einen deutschen Pass zu bekommen.

Eine Studie des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) kam zu dem Schluss, dass unter

allen Bevölkerungsgruppen gerade Frauen, unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit, die geringste politische Selbstwirksamkeit aufweisen. Der Leiter des SVR-Forschungsbereichs, Jan Schneider, sagte dazu in einem Interview:

„Es gibt im Bereich der Politik sogenannte geschlechter-spezifische Zugangsbarrieren. Das können unterschiedliche kulturelle Praktiken sein oder stereotype Geschlechtervorstellungen wie die, dass Politik sozusagen ‚Männersache‘ ist. Es kann sich auch um klare Diskriminierung handeln. Frauen hatten in der politischen Partizipation schon immer strukturelle Nachteile. Das zeigt sich auch über die meisten Herkunftsgruppen hinweg.“³⁶

³⁴ Fenzel, Birgit (2011): Vielfalt im Stadtrat. In: MaxPlanckForschung, Heft 3/2011, S. 19–23, https://www.mpg.de/4622735/MPF_2011_3 [Stand: 20.09.2019].

³⁵ Erpenbeck, Gabriele (1999): Political and social participation of immigrants in Germany. S. 139–142, https://www.coe.int/t/dg3/migration/archives/Documentation/Series_Community_Relations/Participation_public_life_report_en.pdf [Stand: 20.09.2019].

³⁶ <https://www.dw.com/de/honeymoon-effekt-integration-politische-selbst-wirksamkeit-partizipation-demokratie-jan-schneider-svr/a-48270946> [Stand: 20.09.2019].

Es sind aber nicht nur die Wahlen, über die eine Beteiligung möglich wird. Darüber hinaus haben Migrant*innen die Chance, sich in beratenden Foren oder Gremien zu engagieren und einzumischen. Wissenschaftlich ist nachgewiesen, dass diese Form der Beteiligungen „wertvolle Instrumente für die politische Partizipation, Repräsentation und Interessenvertretung von Aus-

ländern, insbesondere auf lokaler Ebene“, sein können.³⁷ Vor diesem Hintergrund greift das nächste Kapitel den aktuellen Stand der politischen Teilhabe von Migrantinnen* und geflüchteten Frauen* in Lobby- und Gremienarbeit auf. Dabei werden Faktoren wie Diskriminierungserfahrungen, Form des Dialogs und Transparenz der Mittelvergabe berücksichtigt.

3.1 Positionen in Gremien übernehmen Wenige

Über die Hälfte der Befragten (56%) verneinte, Erfahrungen mit Gremien- und Lobbyarbeit zu haben, gut ein Fünftel (22%) machte hierzu keine Angaben. Das heißt rein rechnerisch könnten fast 80% der Befragten sich nicht an Gremien- und Lobbyarbeit beteiligen. Nur ein Fünftel der Frauen* (wieder 33%) bestätigen ihr Engagement in dem

Feld. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass 82% der Befragten keine Angabe machen konnten, wie häufig sie an Gremien teilnehmen. Nur 2%, also eine sehr geringe Anzahl, bestätigt eine wöchentliche Teilnahme, 9% eine monatliche und 7% eine jährliche Teilnahme an einem Gremium/an Gremien. Es muss in Zukunft besser unter-

³⁷ Ahokas, Laura. (2010): Promoting immigrants' democratic participation and integration, EPACE Theme Publication, S. 23, <https://ec.europa.eu/migrant-integration/librarydoc/promoting-immigrants-democratic-participation-and-integration> [Stand: 20.09.2019].

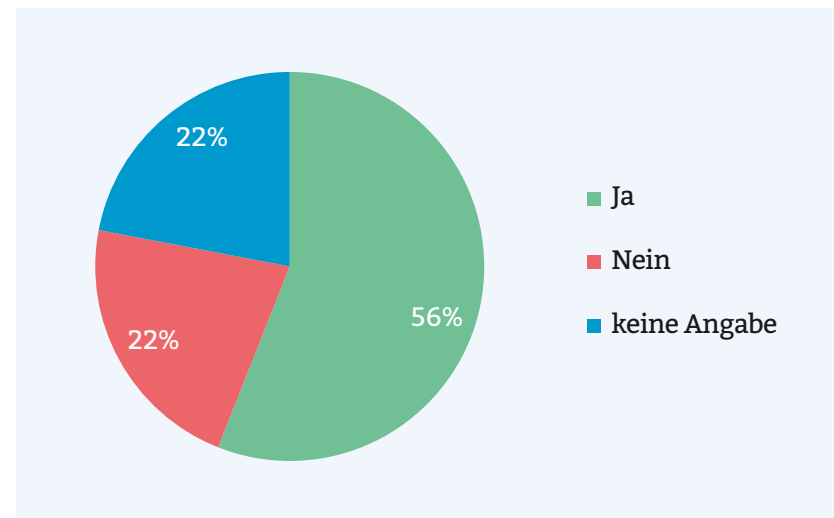


Abb. 13: Haben Sie Erfahrungen mit Gremien- und Lobbyarbeit?

sucht werden, warum eine politische Beteiligung in Gremien für die Mehrheit der MSO-Mitglieder

nicht prominent wahrgenommen wird, um ihre Interessen durchzusetzen (siehe Abb. 13).

3.2 Gremien- und Lobbyarbeit – Zugangsbarrieren

Die Auswertung der quantitativen Daten (Fragebögen) ergab, dass vor allem sprachliche Barrieren und ein **Mangel an Information und Wissen** eine große Rolle spielen, dass MSO-Mitglieder sich nicht zutrauen, die Herausforderungen von Gremien- und Lobbyarbeit zu meistern. 22% der Befragten* hatten gar keine Angaben zu dem

Thema gemacht, weitere 56% sind nicht in einem Gremium vertreten (siehe Abb. 13). Einige nahmen aufgrund von Desinformation nicht an einem teil: Unter anderem weil angenommen wurde, dass nur Migrantinnen* mit deutscher Staatsangehörigkeit teilnehmen können. Ein anderer Hinderungsfaktor für die Nutzung der Gremien-

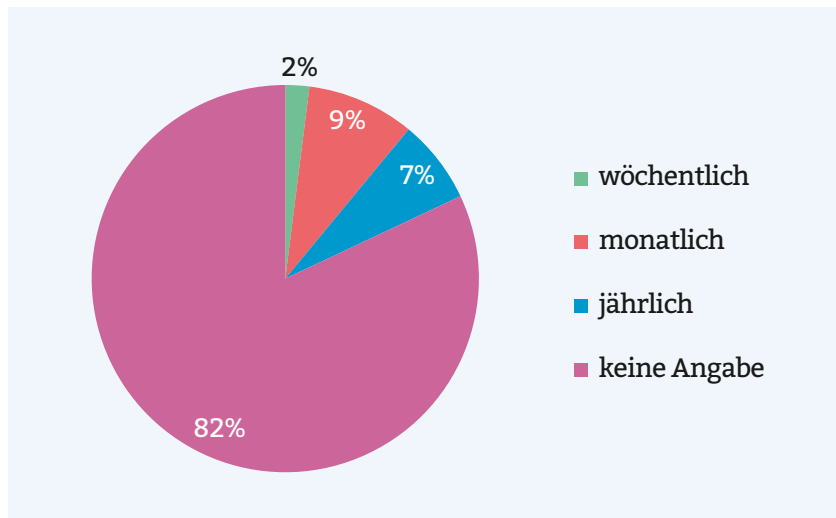


Abb. 14: Teilnahme an Gremien

arbeit als politisches Instrumentarium ist die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt und mangelnde Zeitressourcen. Wie oben bereits dargestellt sind 77% der Befragten berufstätig, 72% der Erwerbstätigen haben Kinder und 22% haben minderjährige Kinder, deren Betreuung noch sehr zeitintensiv und aufwendig ist. So nannte die Mehrheit als Grund für die Nicht-Teilnahme an Gremien, dass familiäre Ver-

pflichtungen, Erwerbs- und Gremienarbeit nur schwer vereinbar sind.

Im Vergleich zu den quantitativen Daten, gibt es in den Leitfadenterviews kaum Hinweise dafür, dass mangelnde Zeit und Kapazitäten die Gremien- und Lobbyarbeit behindern würden.³⁸ Manche Ehrenamtliche gaben an, phasenweise und in Absprache an Gremien teilzunehmen – wie etwa an der Gestaltung des nationa-

³⁸ Dies kann mitunter daran liegen, dass in dem Sample vor allem Interviewpartnerinnen* waren, die entweder hauptamtlich im Verein tätig sind bzw. tatsächlich Aktive in der Gremien- und Lobbyarbeit sind.

len Integrationsplans. Aufgrund sprachlicher und bürokratischer Zugangsbarrieren gestaltet sich die Gremienteilnahme für Ehrenamtliche weniger kontinuierlich. Thematisiert wurde auch ein geringes Selbstbewusstsein:

„Aber es ist sehr schwierig, weil Gremienarbeit eine regelmäßige Teilnahme voraussetzt. Es ist keine punktuelle Arbeit, dass man einfach sich mal trifft und mit einem Thema an einem Abend sozusagen fertig wird. Es braucht einen langen Atem, es braucht eine Kontinuität. Es braucht Zeit. Und da stoßen wir wieder auf die Wirklichkeit der Frau natürlich, die wir auch so in der Verbandsarbeit natürlich erleben, aber in der Gremienarbeit kommen auch die sprachlichen Barrieren noch dazu, die Scheu, die Angst, in solchen Gre-

mien sich auch zu zeigen, sich zu beteiligen, sich zu äußern, auch kritisch sich zu äußern. Und das sind halt hohe Hürden.“

*Hauptamtliche**

Diejenigen Mitglieder*, die ihre MSO in einem Gremium vertreten, sprechen alle folgende Missstände bzw. Hürden an, die in ihren Augen den Zugang zu Gremien- und Lobbyarbeit erschweren: a) knappe Ressourcen (Personal, Finanzmittel, Infrastruktur); b) Rassismus, Diskriminierung; c) fehlende Begegnung auf Augenhöhe; d) mangelnde Einbindung in politische Entscheidungsprozesse und e) Mitgliedschaft – etwa in den Migrations- bzw. Integrations(bei)räten – wird auf eine rein beratende Funktion reduziert = das Absprechen von Expertise und die Instrumentalisierung der Erfahrungswerte von Migrantinnen*.

3.3 Staatliche Förderung gering – Professionalisierung gering

Der Aspekt der knappen Ressourcen spielt für die Mehrheit der

MSO-Aktiven* eine große Rolle. Damit einhergehend fehlt vielen

das Wissen, wie Gremienarbeit funktioniert, und den MSO die Professionalisierung.

„Dadurch, dass wir bisher nur ehrenamtliche Strukturen haben, sind wir personell nicht in der Lage, auf solchen Ebenen mitzuarbeiten.“

*Ehrenamtliche**

„Beruf, Familie und die politische Arbeit ist ein Kraftakt, jedoch erfahren wir auch nicht genug Unterstützung von der Stadt.“

*Ehrenamtliche**

„Wir benötigen dringend eine Finanzierung, die uns in die Lage versetzt, essenzielle Anforderungen und Weiterentwicklung unserer Arbeit durch Fachpersonal abzudecken. Wir haben keine hauptamtlichen Mitarbeiterinnen für die politische Arbeit“, so die Ansicht einer Ehrenamtlichen. Kurz gesagt: „Mehr Mittel, damit wir auch mehr Zeit für die politische Arbeit haben“, denkt eine Hauptamtliche*. Dass Professionalisierung eine wichtige Voraussetzung für po-

litische Teilhabe und für Förderungschancen ist, beschreibt diese Befragte:

„Die Projektförderung über das BAMF ist verwaltungstechnisch ziemlich hochschwellig und bindet viele Kapazitäten. Die Abrechnungsmodalitäten müssen vereinfacht werden, da der Aufwand nicht verhältnismäßig ist.“

*Hauptamtliche**

Politische Partizipationsmöglichkeiten hängen mitunter davon ab, über welchen Aufenthaltsstatus eine Person verfügt. Insbesondere geflüchtete Frauen*, die sich noch in einem Asylverfahren befinden, haben im Allgemeinen keinen niedrigschwelligen Zugang zu u.a. Gremien, zur politischen Teilhabe sowie in den ersten Arbeitsmarkt. Sie werden nicht als gleichberechtigtes Mitglied der Mehrheitsgesellschaft betrachtet. Ihre Einbindung scheitert nicht nur an Sprachbarrieren oder dem Mangel an Wissen über die Partizipationsstrukturen in Deutschland, sondern sie sind zudem sehr damit

beschäftigt, sich nach ihrer Flucht zu akklimatisieren, womöglich schwere Traumata zu überwinden und anzukommen. Alle Zugangsbarrieren, auf die Migrantinnen* stoßen, wirken sich für geflüchtete Frauen* zusätzlich erschwerend aus.

Eine weitere Antwort weist auf den Fakt hin, dass für politische Teilhabe nicht nur ein langer Atem gebraucht wird, sondern hinreichend Kenntnisse:

„Man benötigt sehr viel Zeit, Kraft und Ausdauer, ausreichende politische Bildung und Wissen bereits im Vorfeld, dass immer weiter aufgebaut werden muss.“

*MSO-Gründungsmitglied**

Wenig Erfahrung und Informationsdefizite über Lobby- und Gremienarbeit als eine Form der politischen Partizipation lassen sich bei einigen Befragten eventuell mit einer noch kurzen Mitgliedschaft/ Aktivitätsdauer oder einem noch jungen Verein erklären. In diesem Fall könnte und müsste das Wissen noch wachsen, das für eine gelun-

gene Teilhabe an Gremien vorausgesetzt werden muss. Bei älteren Vereinen oder schon länger aktiven Engagierten* müssten – theoretisch – genügend Informationen und Wissen vorhanden sein, um sich in Gremien aktiv mit einbringen zu können. Da mehr als die Hälfte der Befragten deutsche Staatsbürgerinnen* mit Migrationsgeschichte sind, die Mehrheit der Befragten einen Bildungsabschluss hat und berufstätig ist, muss gefragt werden: a) Warum bis heute der Mangel an Informationen nicht behoben bzw. das Wissen über die Potenziale politischer Teilhabe nicht ausreichend ist und b) welche Zugangsbarrieren für politische Teilhabe in der Form von Lobby- und Gremienarbeit konkret existieren und wie sie aus dem Weg geräumt werden können.

Einer erfolgreicherer Interessenvertretung, Lobby- und Gremienarbeit steht nach Einschätzung einiger Teilnehmenden im Wege, dass MSO zu wenig auf staatliches Interesse stoßen und deshalb nicht hinreichend strukturell gefördert werden. Dies aber ist – ihres Erachtens nach – eine Voraussetzung,

um den oben genannten negativen Einflussfaktoren erfolgreicher entgegenwirken zu können. Diese Zitate illustrieren, mit welchen Hürden gekämpft wird:

„Fehlende finanzielle Mittel, um zum Beispiel Räume anzumieten. Zu viel Kraft- und Zeitaufwand für organisatorische Dinge“ (Ehrenamtliche*) oder wie es ein MSO-Mitglied* aus Hes-

sen benennt: „Die vorhandenen Parteien und Gremien sind sehr ‚deutschlastig‘. Es ist kein leichter Zugang für Migrantinnen.“

Ein Vorstandsmitglied* aus NRW fasst knapp zusammen, welche Hürden es gibt: „Sprachliche Barrieren, das Erreichen der Frauen vor Ort, fehlende strukturelle Förderung, zu viele Vorurteile und keine Räumlichkeiten.“

3.4 Diskriminierungserfahrungen

Im Fragebogen konnten die Teilnehmenden* u. a. ausführen, ob und wie Diskriminierungserfahrung für sie in Bezug auf ihr Engagement im Verein eine Rolle spielt. Die Antwort fiel bei fast der Hälfte der Befragten (47%) positiv aus, nur 16% glaubten, dass „Diskriminierung“ keine Rolle spielt, über ein Drittel ließ die Frage unbeantwortet (siehe Abb. 15).³⁹ Allerdings muss hier unterschieden werden zwischen den Diskriminierungserfah-

rungen als Vereinsaktive* und als Frau* mit Migrations- oder Fluchtgeschichte im alltäglichen Leben. Aus vielen Aussagen lässt sich ablesen, dass die Befragten* sich als Frau* und zusätzlich als Migrantin* diskriminiert fühlen. „Ich engagiere mich nicht nur, weil ich einen Migrationshintergrund habe, sondern weil ich als Frau eine Doppeldiskriminierung erfahre“, beschreibt es ein Gründungsmitglied* aus NRW. Aus vielen Interviewpassagen geht hervor, dass

³⁹ Dies muss vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass die Mehrheit der Befragten* weder an Gremien teilnimmt, noch in einer Partei aktiv ist (siehe Abb. 13).

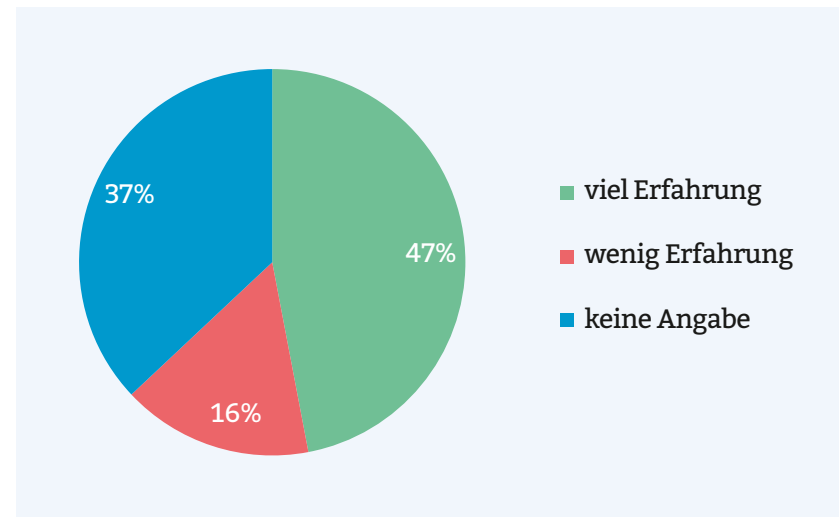


Abb. 15: Diskriminierungserfahrungen

Gremien nicht selbstverständlich einen politischen Raum bieten, in denen Migrantinnen*vereine Inklusion erleben. Vielfach berichteten Befragte, einen Legitimierungsdruck zu spüren:

„Zuerst müssen die akzeptieren, dass du Unternehmerin bist, dann, dass du Migrantin bist und dann, dass du auch alleine lebst!“

Ehrenamtliche*

„Auch, wenn viele es nicht wahrhaben wollen, Diskrimi-

nierung ist eine Realität, die tagtäglich stattfindet ...“

MSO-Mitglied*

Hinsichtlich der Vereinsarbeit wurde betont, dass „in politischen Kreisen, außerhalb der Frauenpolitik, sich viele nichts unter Migrantinnen*arbeit vorstellen können, auch nicht, dass wir dieselben Themen haben wie die deutsche Frauenpolitik [...]. Viele gehen davon aus, dass wir nur Integrationsarbeit leisten.“ (Vorstandsmitglied*)

Andere Befragte* wiederum beobachten, dass sie als Vertreterin-

nen* im Migrationsrat teils nicht dieselbe Redezeit eingeräumt bekommen wie Vertreterinnen* von weiß-deutsch dominierten Institutionen. Sie hat den Eindruck, dass in Gremien Migrantinnen* wenig Vertrauen und Zutrauen entgegengebracht wird.

„Dass man einfach z.B. zu der bildungspolitischen Stunde als Migrantinnenbeirat nicht eingeladen wird. Ein Träger hält dann beispielsweise 15 Minuten eine Rede. Normalerweise sollten dort Spezialisten reden, die wirklich den Bereich Migration sehr gut kennen oder mindestens Erfahrungen haben. Und trotzdem es gibt nicht diese Augenhöhe, ein Benehmen gibt es nicht. Wir [als Vertreterinnen* von MSOs] haben die Pflicht uns einzumischen und dann haben wir nur 3 Minuten gekriegt.“

MSO-Mitglied

3.5 Kein Dialog auf Augenhöhe

Ein Faktor, weshalb die Gremien- und Lobbyarbeit nicht aktiver

Die Auswertung der Fragebögen und der persönlichen Interviews brachte zutage, dass die Mehrheit Ausschlusserfahrungen erlebt hat oder noch erlebt. Für eine Interviewpartnerin* fehlt eine positive Berichterstattung über die Inklusionsarbeit, die MSO in Deutschland leisten. Zu sehr würden nach wie vor rassistische Stereotype reproduziert.

„Diese Gremien, was du siehst im Fernseher, in der Mehrheit der Gesellschaft, was wirklich nach außen auch durch Medien transportiert wurde, sind keine Gremien, wo ich sitze. Sind keine Gremien, wo der Hintergrund von unserer Arbeit [eine Rolle spielt] und ich denke, auch Medien spielen eine Rolle dabei. Weil die Medien transportieren nicht: Wir tun was.“

MSO-Mitglied

befördert werden, ist in den Augen einiger Befragten, dass zwar

die Expertise und die Erfahrungen von MSO in ihrer Communityarbeit mit Migrantinnen* und geflüchteten Frauen* in Gremien oft begrüßt werden, aber die MSO selbst dadurch keinen Gewinn hat. Eine befragte Ehrenamtliche* sagte: „Die Gremien brauchen uns, aber wir brauchen die Gremien nicht.“ Eine Hauptamtliche bilanzierte: „Die Wohlfahrt. Sehr viel hauptamtliche Strukturen, da sitzen alle Migrantinnenverbände und der Kuchen ist eigentlich schon verteilt.“

In diesem Zusammenhang erwähnten viele Befragte, dass der bürokratische Aufwand für die Gremien- und die Projektarbeit – vor allem Antragstellung und Abrechnung der Projektgelder – zu hoch und deshalb für viele MSO nicht umsetzbar sei. Als eine Form der Exklusion wurden u. a. die wenigen Fördermöglichkeiten für MSO im sozialen Bereich genannt. Darüber hinaus hat sich bei den vielen Aktiven in MSO der Eindruck verfestigt, dass große Wohlfahrtsverbände den größten Anteil der Fördersummen in den Bereichen Migra-

tion/Flucht bzw. in den sozialen Diensten für diese Zielgruppen bekommen.

MSO werden, so die Ansicht vieler Befragten*, in den Projekten großer Träger und/oder Wohlfahrtsverbände oftmals nur als Kooperationspartnerinnen* angesehen oder als Informationsquelle mit Expertise zu Migration (aus)genutzt. Die Befragten kritisierten mehrheitlich die Herabsetzung ihrer Arbeit und der ihrer MSO zu einer rein ehrenamtlichen Informationsquelle, die nicht den MSO zugutekommt, sondern allenfalls den etablierten Regelstrukturen der Mehrheitsgesellschaft.

„[...] werden lieber weiterhin die bestehenden weißen Träger gesponsert mit sehr hohen Summen, die sich oftmals dann an die Migrantinnenorganisationen wenden – entweder um Anfragen weiterzuleiten oder Kontakte zur Zielgruppe zu bekommen. Absurderweise ja auch oft für ein Angebot, für das es keine Nachfrage, keinen Bedarf gibt.“

Hauptamtliche

Eine andere hauptamtliche Protagonistin* erläutert hierzu:

„[...] aber auch in der gleichberechtigten Beteiligung der Migrantinnenverbände in der politischen Arbeit gibt es unterschiedliche Ausgangssituationen, unterschiedliche Ressourcen, unterschiedliche Kapazitäten, die weiterhin nicht beseitigt werden [...] Wir haben auch auf kommunaler Ebene unsere Erfahrung gemacht, wie stark Machtkämpfe und wie hässlich Machtkämpfe eben auch ausgetragen werden können, dass Migrantinnen-gremien doch ehrlicherweise instrumentalisiert werden für Projekte, von denen sie überhaupt nichts haben.“

Kritisch sehen es einige Befragte im Zusammenhang mit Förderung, dass MSO nicht als Initiatorinnen* von Projekten wahrgenommen würden, sondern lediglich als Kooperationspartnerinnen*. Großen Trägern ginge es darum, in den eigenen Strukturen Stellen zu schaffen

und nur ihre Projekte umzusetzen. Die Vergabepraxis gehe an den tatsächlichen Bedarfen von MSO vorbei, z.B. dass diese in ihren Vorhaben/Projekten unterstützt werden bzw. ihnen ein niedrigschwelliges Förderverfahren ermöglicht wird. Eine hauptamtlich Interviewte* fühlt sich eher als Teil einer Kulisse:

„Die meisten Fördertöpfe, Senat/Bezirk, aber auch von Stiftungen, alles in der Regel weiße Träger, sind überhaupt nicht an den Bedarf von Geflüchteten/Migrantinnen orientiert. Es bestehen sogar selten direkte Kontakte zu der ‚Zielgruppe‘. [...] Kleinere Migrantinnenorganisationen werden dann gerne als Kooperationspartner angegeben, eher um ‚gute‘ Fotos von dem Projekt zu machen oder erforderliche Teilnehmerinnen angeben zu können. Statt direkt und vor allem mal unkompliziert Fördergelder an die bereits hart und politisch engagierten Organisationen weiterzuleiten.“

Vorstandsmitglied

3.6 Transparenz wird vermisst

Im Vergleich zur quantitativen Auswertung, bei der sich ergab, dass nur wenige sich an Gremien- und Lobbyarbeit beteiligen, nehmen eine große Zahl unter den Interviewpartnerinnen* an Landes- bzw. kommunalen Migrations- oder Integrations(bei)räten teil. Sie bekommen jedoch hier eher eine beratende Funktion zugewiesen ohne Stimmberechtigung, u.a. bei Entscheidungen rund um das Thema Inklusion von Migrantinnen* und Geflüchteten*. Die Mitglieder* in diesen Räten werden teilweise noch nicht einmal von Migrantinnen* selbst gewählt, sondern die Kommune bestimmt die Zusammensetzung.

„In Leipzig haben wir einen Migrantinnenbeirat. Aber wir dürfen nicht direkt wählen. Es gibt 16 Migrantinnen, die kandidieren. Also jeder kann kandidieren, aber die Entscheidung hat die Stadtverwaltung, wer in diese Stelle berufen wird.“

*Ehrenamtliche**

Das obige Zitat illustriert, dass es ein Bedürfnis nach mehr demokratisch legitimierten politischen Partizipationsmöglichkeiten, nach mehr Mitspracherecht und Entscheidungsgewalt für MSO/Migrantinnen* und geflüchtete Frauen* gibt. Sie möchten in relevanten Bereichen mehr als eine Scheinpartizipation erringen. So beschrieb eine Interviewpartnerin, dass in Gremien „nur geschwätzt [wird] und [nichts] passiert, sie erfüllen einen ‚Vorführeffekt‘, bei dem es darum geht, nach außen hin den Anschein zu wahren, dass etwas im Sinne der Bedarfe von Migrantinnen* und Frauen mit Fluchtgeschichte passiert“. (Hauptamtliche*)

Eine Interviewpartnerin* wünschte sich mehr Transparenz der Gremienarbeit und fragte sich, „wo gehen die gemeinsam gefällten Entscheidungen hin?“. Sie vermisste, dass die Arbeit von Gremien evaluiert wird in dem Sinne, dass darüber berichtet wird, ob die Arbeit Effekte zeigt und

ob Entscheidungen überhaupt umgesetzt werden und wie. Das müsse in solche Gremien zurückgebracht werden. Als weiteres Problem in der Gremien- und Lobbyarbeit – vor allem im Bereich Migration – wird ein häufiger Wechsel unter den Mitgliedern genannt sowie sich verändernde Zielausrichtungen nach einem Machtwechsel z.B. in Regierungen/Koalitionen.

„Und jedes Mal, wenn jemand geht, fängt [man] wieder von Null an. Und das macht die Kontinuität. Integration ist nicht was, was [man] nur abhakt, und du willst eine neue Sache bringen, wie eine neue [Zeitung] im Kiosk. Es geht um Leben von Menschen. Und die kannst du nicht einfach heute abhaken und sagen: Jetzt, was der andere gemacht hat, das streichen wir alles weg, ich habe andere Schwerpunkte. Das geht nicht.“

*Ehrenamtliche**

Eine andere Interviewpartnerin* thematisierte das Gefühl, nicht auf Augenhöhe behandelt zu wer-

den. Sie fragte sich, wer die Inhalte und Themen eines Gremiums eigentlich bestimmten sollte. Sie habe, so ihre Aussage, oft die Erfahrung gemacht, dass ihre Anliegen in den Gremien als nicht-prioritär abgesägt werden.

„[...] Ich war in den Verbandsrat des Paritätischen gewählt [...] Ich habe Bayern kritisiert wegen Integration, sie sagen aber Frau [X] das ist für uns keine Priorität. Das ist nicht auf unserer Tagungsordnung. Sie haben mich immer über Bürokratie verhindert. Bis heute reden wir nicht über das Thema Flucht und Migration. Im Verbandsrat sind 780 Organisationen. Ich musste Tausende Seiten durcharbeiten und ich habe nie Deutsch gelernt. Ich wurde nie als gleichberechtigt angesehen.“

*Vorstandsmitglied,
Ehrenamtliche**

Dieses Phänomen bestätigte eine andere Befragte* (Hauptamtliche*). Sie macht nach eigener Aussage die Erfahrung, dass „kri-

tische Stimmen nicht sehr willkommen sind“. Sie fügt hinzu, dass sie den Eindruck habe, dass bestimmte Gruppen und Einzelpersonen bevorzugt werden, um so ein Gremium bzw. ein Vorhaben politisch zu legitimieren. Sie erwähnt in diesem Zusammenhang das Problem von *Tokenism*⁴⁰. Als eine Hürde für die Teilhabe an Gremienarbeit im Allgemeinen benennt sie, dass ganz bestimmte Vorkenntnisse für die Teilnahme an Gremien vorausgesetzt und erwartet würden.

Eine ehrenamtliche Befragte* kritisierte recht beherzt die öffentliche Förderpolitik. Ihrer Ansicht nach würden im Bereich der Frauen- und Mädchenarbeit eher Projekte gefördert, in denen Frauen* und Mädchen* als Opfer angesehen werden, als solche, bei denen Selbstbestimmung, Emanzipation und Empowerment für Frauen*- und Mädchen*arbeit

Projektziele seien. Sie schilderte diesen Dialog:

„Wir wollen Mädchen und Frauen weiterqualifizieren. Wir wollen die sozusagen fördern, unterstützen und möchten, dass sie wirtschaftlich unabhängig werden und so weiter und gibt es eine gewisse Projektförderung? Und dann meinten sie: Nein, das gibt es nicht. Es gibt im Prinzip nur für Trauma, Gewalt und Tralala eine Finanzierung. Und das finde ich sehr ärgerlich!“

Das Interview mit einer ehrenamtlich Aktiven* aus dem ländlichen Raum machte offenkundig, dass in solchen Regionen die Beförderung von politischer und gesellschaftlicher Teilhabe von Migrantinnen* und geflüchteten Frauen* noch um ein Vielfaches beschwerlicher ist als im städtischen Raum.

⁴⁰ Vgl. Spivak 1996: 35. Die Literaturwissenschaftlerin Gayatri Chakravorty Spivak beschreibt Tokenismus als das Zulassen von vereinzelt Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte, Schwarzen Menschen und People of Color in zentralen Positionen und in Organen der Mehrheitsgesellschaft bzw. einer dominanten Gruppe. Diese werden dort jedoch nur akzeptiert, so lange sie der Ideologie und der Stellung der dominanten Gruppe nicht widersprechen bzw. diese unterstützen.

„Im ländlichen Raum fühlt sich keiner außer mir verantwortlich für die Inklusion.“

Die Auswertung einiger Interviews zeigte, wie sich regionale Unterschiede im Umgang mit der Teilhabe von Migrantinnen* und

Frauen* mit Fluchterfahrung bemerkbar machen. So beschrieb eine Interviewpartnerin* die Haltung in bayerischen Gremien mit den Worten:

„Bayern den Bayern‘ [...] Ohne CSU geht in Bayern nichts.“ (Ehrenamtliche)

3.7 Trotz allem: Hohe Einsatzbereitschaft

Die Befragten, die sich zu dem Thema geäußert haben, nehmen eine überraschend kämpferische Haltung ein: 13% gaben an, sich durch das in ihren Augen mangelnde Interesse vonseiten politischer Entscheidungsträgerinnen* und -träger auf kommunaler sowie auf Landes- und Bundesebene nicht demotivieren lassen zu wollen. Ebenso kein Hinderungsgrund, sich weiter zu engagieren, sind die als wenig nachhaltig empfundenen Vereinsstrukturen. Der politische

Ansatz soll weiterverfolgt werden, trotz großer Herausforderungen und hoher Hürden. Die Motivation, das eigene Engagement aufrechtzuerhalten ist hoch, um dennoch etwas zu erreichen. Dieses Zitat illustriert den Kampfgeist:

„Wenn man nicht reingeht [in Gremien, Anm. d. Red.], kann man auch nicht mitentscheiden, kann man auch nicht mitbestimmen.“

*Ehrenamtliche**

4

Inklusive Lobby- und Gremienarbeit stärken – aber wie?

„Demokratie bedeutet, dass Menschen nicht nur das Objekt politischer Entscheidungen und verbindlicher Regelungen sind, sondern auch ihre Stimmen gehört und in einen Prozess ‚produktiver Vielstimmigkeit‘ eingebunden werden.“⁴¹ Aber erst wenn die Teilnahme von Migrantinnen* an politischen Entscheidungen erleichtert wird, wenn ihre Beiträge in Auseinandersetzungen wertgeschätzt werden, wird dies ihre Fähigkeiten mobilisieren und ihre gesellschaftliche Teilhabe befördern. „Die Anerkennung der Bürgerbeteiligung und des ehrenamtlichen Engagements als Eckpfeiler einer florierenden De-

mokratie führt zu einem starken Interesse an der Beteiligung von Einwanderern an diesen Aktivitäten und fördert zivilgesellschaftliche Aktivitäten in Einwanderergemeinschaften“, bilanziert eine Studie im Rahmen des EU-Projekts ESPACE, die untersucht hat, welche Faktoren die Partizipation von Migrant*innen fördern.⁴² Gerade deshalb muss eine inklusive sowie barrierearme Lobby- und Gremienarbeit von Migrantinnen* und geflüchteten Frauen* befördert werden. Das folgende Kapitel stellt dar, welche Bedarfe es für eine nachhaltige politische Teilhabe von Migrantinnen* und geflüchteten Frauen* gibt.

⁴¹ Rosa, Hartmut (2017): Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung. 7. Auflage, Berlin. Zitiert nach Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) (Hg.) (2019): Mit der Politik auf Du und Du? Wie Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ihre politische Selbstwirksamkeit wahrnehmen. Policy Brief des SVR-Forschungsbereichs 2019-1, S. 24, https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2019/04/SVR-FB_Politische_Selbstwirksamkeit.pdf [Stand: 20.09.2019].

⁴² Ahokas, Laura (2010): Promoting immigrants' democratic participation and integration, EPACE Theme Publication, S. 24, <https://ec.europa.eu/migrant-integration/librarydoc/promoting-immigrants-democratic-participation-and-integration> [Stand: 20.09.2019].

4.1 Vernetzung und Solidarität, Wissen und Öffentlichkeitsarbeit

In gleichem Maße – jeweils zu 11% – erachteten die Teilnehmenden an der Fragebogenerhebung: a) die Vernetzung mit Entscheidungsträger*innen und mit anderen Akteur*innen der Zivilgesellschaft und b) den Erwerb der deutschen Sprache als wichtige Voraussetzungen, um die Inklusion in Gremien strategisch weiter zu befördern. Genannt wurden jedoch auch: solidarische Aktionen, Wissenserweiterung, eine intensive Öffentlichkeitsarbeit und ein sicherer Aufenthaltsstatus der Engagierten.

6% der Befragten gaben an, dass sie sich intensiver der Communityarbeit widmen wollen, um den Verein, seine Zielgruppe und sich selbst zu stärken. 4% sehen in Solidaritätsaktionen ein bewährtes Instrument. Rund 1% sieht in einem sicheren Aufenthaltsstatus die Basis für politische Teilhabe Einzelner, denn als Nicht-EU-Bürger*in kann weder auf kommunaler noch auf Landes- oder Bundesebene gewählt werden.

In den Augen der Befragten werden so viele Migrantinnen* ausgeschlossen. Wiederum betonten manche, wie wichtig Öffentlichkeitsarbeit und die Weitergabe von Informationen in der eigenen Community ist, um diese zu motivieren, sich zu engagieren.

Auf die Frage nach der Netzwerk- bzw. Bündnisarbeit der Vereine gaben die meisten Interviewpartnerinnen* an, über ihre Vereinsarbeit in verschiedenen lokalen bis regionalen Netzwerken aktiv zu sein. Bei diesen Netzwerken handelt es sich oftmals um Frauen*netzwerke, in denen *weil* deutsche Frauen*vereine als auch Migrantinnen*vereine involviert sind. Netzwerke, die sich mit Themen wie Integration, Arbeitsmarkt, Bildung und Familie beschäftigen, wurden ebenfalls genannt. Die Arbeit in Netzwerken wird von der Mehrheit der Interviewpartnerinnen* als anstrengend angesehen, da für diese das Personal, die Zeit und andere Kapazitäten fehlen. Wichtig ist

der Befund, dass der Netzwerkarbeit lediglich ein geringer Ertrag/ Erfolg zugeschrieben wird.

„Bündnisse bzw. Netzwerke sind ein Problem geworden. Wir haben keine Zeit und keine Kapazität [...] Und deswegen ist bei uns sehr wichtig zu gucken: Was für ein Netzwerk, was bringe ich rein, und was kriegen wir davon? Was haben wir davon? Unser eigenes Interesse daran. Sonst machen wir nichts.“

*Ehrenamtliche**

Viele Vereine agieren in ihrer Netzwerkaktivität aus o.g. Gründen wenig systematisch. In einigen Fällen bringt sich ein ehrenamtliches Vorstandsmitglied außerhalb der MSO in einem Netzwerk oder Bündnis ein, aber zu spüren ist eher ein Widerwille:

„Du hast nur interessierte Personen und die sind normalerweise die Vorstandspersonen. Weil – die sehen schon die Sachen in anderer Richtung. Sie sagen: ‚O.k. jetzt haben wir einen Verein, was können wir

zusammen mit anderen Vereinen machen?‘ Aber der Vorstand [muss] sozusagen auch die anderen Aufgaben machen, weil es keine Koordination gibt oder keine bekannten Stellen. Ja, man hat keine Zeit. Man hat keine Lust.“

*Vorstandsmitglied/
Ehrenamtliche**

Bei den Vereinen, die sich bereits als Projektträger etabliert haben, gehört Netzwerkarbeit allerdings unbedingt zur hauptamtlichen Tätigkeit dazu. Denn nur so ist es möglich, mit anderen MSO und/ oder anderen relevanten Akteurinnen* und Akteuren zu kooperieren, gegebenenfalls wenn man vorhat, sich um eine Projektförderung zu bewerben.

„Ja, wir sind sehr, sehr, sehr, sehr stark vernetzt [...] Also in [...] Bündnissen bzw. Netzwerken, die quasi die Projektarbeit unterstützen [...].“

*Ehrenamtliche**

Ob kleine MSO, größere MSO oder gar Dachverbände: Bei vielen liegt die Netzwerkarbeit brach bzw. die

Vernetzung gelingt unterschiedlich gut. Es kann die These aufgestellt werden: Je besser MSO-Mitglieder in ihrer Kommune, auf Landes- oder gar Bundesebene eingebettet, aktiv und vernetzt sind, desto besser gelingt es dann, einer MSO ihre Netze weiter aufzuspannen. Sind Vereinsmitglieder* nur innerhalb der MSO aktiv, werden Fäden nach draußen nur schwer gelegt, um ein größeres Netz zu knüpfen.

Die Mehrheit der Interviewpartnerinnen* betonte, dass hierarchische Strukturen in Gremien und Ausschüssen, in denen sie aktiv sind, oftmals eher ex- als inkludieren. Vor allem, wenn es um die Anwerbung von Fördermitteln ginge, äußerten einige Interviewpartnerinnen den Verdacht, exkludiert zu werden.

Eine weitere Hürde ist aus der Sicht einiger Befragten, dass sie im Rahmen ihrer Netzwerkarbeit oftmals vereinzelt als Frauen*- und/oder Migrantinnen*verein agieren bzw. vertreten sind. So fällt es schwer, mit ihren Themen und Belangen durchzudringen. Eine Interviewpartnerin* schil-

derte das Gefühl, „nicht ernst genommen zu werden“.

„In dieser Initiative sind die Handwerkskammer, die Industrie- und Handelskammern, die reinen Handwerkskammern sind drin, Unternehmerverbände sind da zum Teil drin. Und wir haben die Erfahrung gemacht, und das hat uns total schockiert, dass die Kolleginnen, da waren vier Migrantinnen, hoch qualifiziert und so weiter, die können das, ne, die da drin waren, nicht ernstgenommen wurden von den Kämmerern [...] Wir haben eine Konsequenz daraus gezogen, und die macht uns alle sehr traurig: Wir haben zwei deutsche Männer eingestellt, und derzeit läuft das Projekt gut.“

*Hauptamtliche**

Eine weitere Interviewpartnerin* (Ehrenamtliche*) vermisste eine „echte‘ Repräsentation von Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte in Netzwerken“ und meinte, dass zwar vereinzelt MSO eingeladen würden, aber nur um

das betreffende Netzwerk zu legitimieren und diverser erscheinen zu lassen. Als eine Art Alibifunktion, aber die relevanten Themen der MSO blieben unbeachtet.

„Jeder holt sich seine black person, die gezeigt wird [...].“

*Ehrenamtliche**

Eine hauptamtliche Vereinsvertreterin* ist zunehmend frustriert darüber, Aufklärungsarbeit in Netzwerken leisten zu müssen und inhaltlich nicht weiter voranzukommen. Ihr Aufruf, sich zu vernetzen, verhallt.

„Und dann wird noch ein Forum, noch ein Forum, noch ein Forum. Die Vernetzung untereinander findet nicht statt. Es handelt [sich] mehr um Aufklärungsarbeiten auf dieser Ebene und die Äußerungen von Wünschen, von Anforderungen et cetera. Es wird selten gebündelt, dokumentiert und weiterentwickelt.“

Eine kritische Haltung fand sich auch gegenüber der Gewerk-

schaft als sehr große und wichtige gesellschaftspolitische Akteurin, die keinen Vernetzungswillen mit MSO zeige und sich interkulturell nicht öffne:

„Wenn du diese Gewerkschaft abfragst, haben die Afrikaner? Hier ich kann dir sagen: Die haben keine Afrikaner [...] Wir haben vielleicht ... ich denke, wir haben Grund, mit denen zu sprechen. Wir haben Grund, mit jedem zu sprechen. Dass die inklusiver werden.“

*Ehrenamtliche**

Andere Interviewpartnerinnen* wiederum verweisen auf Erfolge ihrer politischen Arbeit mit der Unterstützung von Gewerkschaften:

„Dann noch beispielsweise auf der gewerkschaftlichen Ebene sehen wir natürlich auch große Erfolge [...]. Wir werden eingeladen zu den großen Migrationskonferenzen der Gewerkschaften, beispielsweise bei der IG Metall, wo wir auch noch mal eine Plattform an-

geboten bekommen, mit den wichtigsten, da sitzen ja die Betriebsräte, auch zu diskutieren, auch das Thema, also die Frau-

enfrage, also die Lage der Migrantinnen*, eben auch zu diskutieren.“

*Hauptamtliche**

4.2. Förderung würde helfen – aber ist nicht alles

Mehr als ein Drittel (32 %) nannte als förderliche Rahmenbedingungen: a) Aufklärungs- und Sensibilisierungsveranstaltungen für die Belange eines Vereins und seiner durch ihn vertretenen Zielgruppe und b) die Suche nach alternativen und zusätzlichen Finanzquellen (u. a. Sponsoren, Akquise von Projektmitteln), um so c) die Kapazitäten des Vereins ausbauen zu können (mehr Hauptamtliche, Professionalisierung der Vereinsstrukturen, Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit).

Fast alle Interviewpartnerinnen* formulierten die Notwendigkeit, dass ihre MSO nachhaltig gefördert werden müssten, damit die wichtige Gremien- und Lobbyarbeit hauptamtlich und kontinuierlich gestaltet werden könne. Die Auswertung des Datenmaterials bekräftigte, dass eine struk-

turelle Förderung der MSO von der Mehrheit der Befragten als ein großer Einflussfaktor für eine inklusive politische Teilhabe angesehen wird.

„Wir brauchen Strukturförderung. Aber wenn ich darauf warten würde, würde ich nichts mehr machen.“

*Hauptamtliche**

Gerade die Projektmittelakquise und der Kapazitätsaufbau von Vereinsstrukturen wurden als wichtige Schritte angesehen, um erfolgreicher in Gremien aufzutreten und um Lobbyarbeit zu machen. Aber genau dafür sind eine staatliche Förderung und der Erwerb besonderer Kenntnisse und Kompetenzen erforderlich. Vor dem Hintergrund, dass die Vereinsarbeit eher auf ehren-

amtlichen Schultern verteilt ist, wünscht sich die Mehrheit der Engagierten* mehr Unterstützung/strukturelle Förderung von staatlicher Seite, damit Hauptamtliche eingestellt, die räumliche und technische Ausstattung verbessert und Fortbildungen finanziert werden können.

32% geben an, dass dringend mehr Finanzmittel bzw. staatliche Förderung benötigt wird. Denn nur so können bessere Räumlichkeiten und/oder eine

angemessene personelle Ausstattung finanziert werden, um dann mehr Zeit in die politische Arbeit investieren zu können. Fast ein Fünftel sprach sich dafür aus, dass in der Politik das Interesse, die Wertschätzung für die Arbeit der MSO wachsen und der Zugang zu Entscheidungsträger*innen verbessert werden müssten. Diese Punkte würden dazu führen, dass die politische Arbeit gestärkt und die Belange der MSO ernster genommen würden.

4.3. Noch mehr Ideen für Inklusion

Alle 20 Interviewpartnerinnen* wurden gefragt, was sie bzw. ihre MSO gegen den Ausschluss aus wichtigen Gremien tun oder ob sie Handlungsempfehlungen aussprechen können. In diesem Abschnitt werden ihre Vorschläge bzw. Handlungsstrategien gegen Ausschlüsse von MSO aus Gremien bzw. zur Förderung ihrer Inklusion in Gremien zusammengefasst.

Ähnlich wie die Befunde aus den Fragebogenauswertungen, ergab

die Analyse der Interviews, dass vor allem Solidarität untereinander und Empowerment als wichtige Strategien betrachtet werden, um Sichtbarkeit in der Mehrheitsgesellschaft und in der politischen Landschaft herzustellen. Viele Befragte sprachen sich dafür aus, verstärkt MSO und ihre Mitglieder dazu zu ermutigen, in entscheidenden Institutionen und Gremien vertreten zu sein, damit die Belange ihrer MSO Gehör finden. Eine wichtige Voraussetzung

sei, so die Mehrheit der Befragten, sich der Gremienarbeit aktiv zu widmen – trotz aller Hürden und auch trotz negativer Erfahrungen.

„[Wir brauchen] Mitglieder, wir müssen in wichtige Gremien, z.B. Migrationsbeirat. Wir sind überall drin. Andere Mitglieder sollten das auch tun. Leute mit deutschem Pass sollen in die Parteien gehen oder in die kommunale Politik, um unsere Ansichten und kreativen Vorschläge für die weitere Entwicklung einzubringen [...].“

MSO-Mitglied

Empowerment kann aus Sicht der befragten Aktiven erwachsen, wenn: a) mehr Wissen und Informationen vermittelt werden, welche Partizipationsmöglichkeiten nutzbringend und förderlich sind und b) verstärkt in eine generati-

4.4. Ungedeckte Bedarfe für eine nachhaltige politische Teilhabe

Da nur 22% der Befragten angaben, über Erfahrungen in der

onsübergreifende politische Bildungsarbeit investiert wird.

Im Zusammenhang der Interessenvertretung und Gremienarbeit wurde oftmals erwähnt, dass MSO und ihre Vertreterinnen* sich wehren müssen, in eine Alibirole gedrängt zu werden. Die Befragten warnten davor, sich von Entscheidungstragenden instrumentalisieren zu lassen. Um nicht in solche Fallen zu geraten, seien eine gegenseitige Anerkennung und Wertschätzung wichtig. So könne positiv auf das (Selbst-)Bewusstsein und die Selbstverständlichkeit, Rechte in Anspruch zu nehmen, hingearbeitet werden. MSO sollen ihre Interessen selbstbewusst vertreten. So formuliert es eingängig eine Interviewpartnerin*:

„Wir müssen aufhören zu wollen, dass die sagen, Ihr dürft.“

*Hauptamtliche**

Gremien- und Lobbyarbeit zu verfügen (siehe Abb. 13), muss

gefragt werden, welche Ursachen die geringe Teilnahme dieser Bevölkerungsgruppe an Lobby- und/oder Gremienarbeit als eine Form der politischen Teilhabe hat. Des Weiteren wäre zu untersuchen, wie sich das auf die politische Teilhabe von MSO auswirkt.

Eine Hypothese ist, dass Migrantinnen* und Frauen* mit Fluchterfahrung keine umfassenden Möglichkeiten bekommen oder niedrigschwellige Zugänge haben, um sich an politischen Entscheidungsprozessen auf kommunaler bis Landesebene oder gar auf Bundesebene zu beteiligen.

Alle Teilnehmenden wurden gebeten zu formulieren, wodurch die politische Arbeit der MSO verlässlicher, erfolgreicher und nachhaltiger werden kann. Sie benennen einen dringenden Bedarf, die Vereinsstrukturen zu professionalisieren: durch Weiterbildung und Einstellung von Hauptamtlichen. Schwachpunkte in den Vereinsstrukturen sind in den Augen der Befragten vor allem die Bereiche Projektab-

wicklung, Buchhaltung und Öffentlichkeitsarbeit, weil hierfür besondere Kenntnisse und Kompetenzen erforderlich sind. Aber genau diese fehlen in vielen Vereinsstrukturen.

Ein Großteil der Teilnehmenden fordert mehr zeitliche, personelle und finanzielle Ressourcen sowie den Zugang zu Netzwerken und Entscheidungsträgern. Das Thema interkulturelle Öffnung von staatlichen Institutionen und Organisationen in Deutschland ist für die Befragten ebenfalls die Voraussetzung für eine gleichberechtigte politische und gesellschaftliche Teilhabe. Es wurde explizit gefordert, gerade in staatlichen Strukturen die Mitarbeitenden zu diversifizieren, u.a. durch die Einstellung von mehr Migrantinnen* und geflüchteten Frauen*.

Auch Themen wie die Vernetzung in und außerhalb der Communities und Vereinsstrukturen sind den Teilnehmenden wichtig. Dies wird als ein Faktor angesehen, der die politische Arbeit der MSO nachhaltiger und solidarischer machen kann. Die Strategie, sich

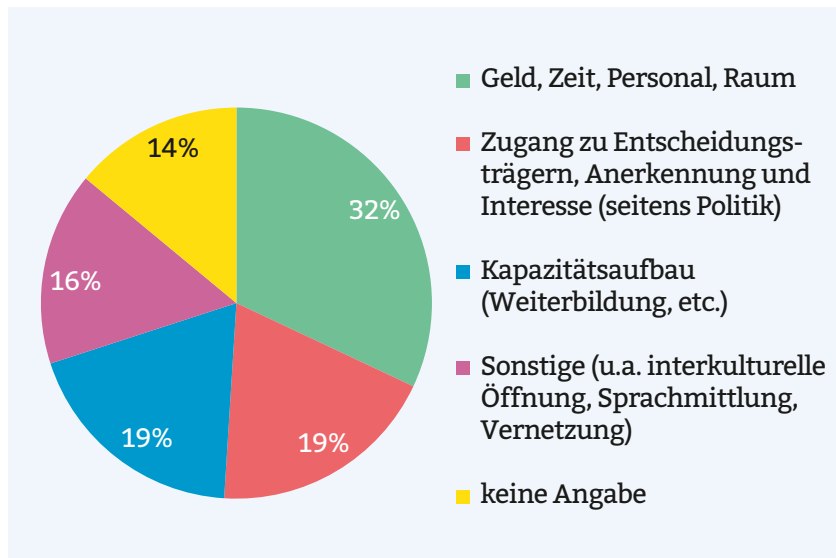


Abb. 16: Förderung politischer Teilhabe durch ...

bewusst nach außen und innen zu öffnen, wird angesichts einer zunehmenden rechtspopulistischen Hetze gegenüber Migranten* und geflüchteten Frauen* als eine wichtige und nicht zu vernachlässigende Aktivität für MSO angesehen.

Einige gaben auch an, dass befristete Aufenthaltstitel und die Wartesituation bei laufenden Asylverfahren die Chancen politischer Teilhabe für die Betroffenen einschränken. Diese kleine Teilgruppe bemängelte, dass Sprachbarrieren die politische

Teilhabe zu sehr einschränken und äußerte den Wunsch, durch eine intensivere Communityarbeit mehr über Exklusion im Bereich der politischen Partizipation aufzuklären.

Eine Gesprächspartnerin fasste die Bedeutung von Inklusion aller MSO mit dem Ziel, ihre gleichberechtigte politische Teilhabe zu befördern, in einem Satz zusammen:

„Ohne politisches Einwirken kein Empowerment.“

Hauptamtliche*

4.5. Rolle des Dachverbands DaMigra e. V.

In den Interviews wurde die Rolle von DaMigra als Interessenvertretung der MSO angesprochen. Positiv bewertet wurde, dass der Dachverband die Vernetzung untereinander erleichtert, eine größere Zielgruppe erreicht werden kann und auch, dass über DaMigra mitunter der Zugang zu finanziellen Ressourcen und Projektarbeit punktuell erleichtert wird. Dies eröffnet mehr Spielräume:

„Also ich finde das ganz gut, dass wir über DaMigra sozusagen auch ausprobieren können und auch so Kleinigkeiten oder kleinere Projekte auf die Beine stellen können, weil, wie gesagt, wir sind ehrenamtlich und die meisten sind semiprofessionell oder haben eigentlich beruflich gar nichts mit Sozialarbeit zu tun. Und insofern ist das total hilfreich, dass wir da in kleineren Projekten sozusagen trotzdem die Zielgruppe erreichen können [...]“

Vorstandsmitglied

Die Rolle als Unterstützerin von Projekten wird daher positiv wahrgenommen: „Wir machen vieles in Ehrenamt oder beantragen Projekte bei DaMigra. Nur durch solidarisches Miteinander können wir viele unserer Projekte für Frauen bewältigen.“

Ehrenamtliche*

Ein Dachverband ist auch hinsichtlich einer Organisation, die Expertisen in sich versammelt und auf Bundesebene auf der Grundlage demokratischer Werte agiert, aus der Sicht von Interviewpartnerinnen* sehr wichtig:

„Migration fängt nicht bei null an. Um die Versäumnisse der Vergangenheit ein Stück weit wieder gutmachen zu können, benötigen wir eine auskömmliche Finanzierung von Frauenorganisationen, die überkonfessionell und überparteilich sind und primär das demokratische Miteinander [zu] för-

dern zum Ansatz haben. Wir möchten generationsübergreifend unterstützende, bildende Angebote für Mädchen und Frauen mit und ohne Migrationshintergrund anbieten und umsetzen können. Da wir nicht davon ausgehen, dass die Politik das alles freiwillig machen wird, brauchen wir hierfür einen starken Dachverband.“

Vorstandsmitglied

Kritisiert wurde, dass der Verwaltungs- und Organisationsaufwand sehr hoch ist, um über DaMigra e. V. finanzielle Ressourcen für eine Mitgliedsorganisation zu bekommen. „Der Aufwand steht nicht im Verhältnis zum Ertrag“, so eine Ehrenamtliche*. Sehr konkret sprach eine Aktive* an, dass die Höhe der Honorare/Gehälter von DaMigra-Mitarbeiterinnen* abhängig von ihren Bildungsabschlüssen seien. „Ein Dachverband wie DaMigra muss der Ungleichbehandlung von formal weniger Gebildeten etwas entgegensetzen“, lautete die Forderung einer Hauptamtlichen*.

Um Ausschlüsse ganz allgemein in allen gesellschaftlichen Feldern zu vermeiden bzw. ihre Inklusion zu befördern, wünschten sich viele MSO-Mitglieder von ihrem Dachverband mehr Unterstützung, Aufklärung sowie eine höhere Anzahl von Infoveranstaltungen und Schulungen. Genannt wurde vor allem ein Bedarf im verwaltungstechnischen Bereich zu Themen wie Projektmitelakquise oder -management. Die Auswertung der Interviews lässt erkennen, dass alle MSO strukturellen Herausforderungen gegenüberstehen und bei ihrem Dachverband in dieser Hinsicht eine größere Unterstützung einfordern.

Es gelte u. a. auch, zu seinen eigenen Organisationsschwächen zu stehen, ohne sich dabei als minderwertig zu betrachten:

„Ich finde es schwierig, immer so zu tun, als ob die Migrantenorganisationen auch alle diese perfekte Aufstellung haben. [...] diese Migrantenorganisationen sind nicht so aufgestellt

in der Form wie die anderen NGOs⁴³ und das ist so anstrengend für die Migrantenorganisationen diese Aufstellung zu erfüllen. Punkt. Is' einfach fact. [...]“

*Hauptamtliche**

Eine Schlüsselposition wird DaMigra e. V. von allen Interviewpartnerinnen* zugeschrieben, weil alle MSO durch den Dachverband eine bundesweite Interessenvertretung haben, MSO und ihre Mitglieder* dadurch eine Stimme erhalten und überzeugender den Dialog mit der

Mehrheitsgesellschaft und Regierungsvertreter*innen einfordern können.

Die Vorteile eines bundesweiten Zusammenschlusses von MSO wirken sich nach Angaben der Interviewten motivierend und empowernd aus. Betont wurde in dem Zusammenhang aber, dass jede MSO selbstbestimmt handeln können muss und gegebenenfalls Differenzen zwischen einzelnen Mitgliedsorganisationen oder zwischen DaMigra e. V. und einzelnen Mitgliedsorganisationen anerkannt und gelöst werden.

4.6. Trotz Hürden: Mehrheit zieht positive Bilanz

Trotz der großen Herausforderungen und Stolpersteine für eine intensive politische Teilhabe, sehen die Befragten durchaus, dass ihr Engagement sich lohnt. Die Frage nach Erfolgserlebnissen in der politischen Arbeit ihrer

MSO beantworteten 95% der Teilnehmenden positiv. Knapp ein Drittel gab an, dass ihre MSO in folgenden Bereichen erfolgreich ist: a) in der Vernetzung mit relevanten Akteur*innen, b) in der Kampagnenarbeit und Sensibili-

⁴³ Nichtregierungsorganisationen bzw. Non-governmental organizations (NGOs).

sierung, u. a. durch eine gestärkte Öffentlichkeitsarbeit, c) im Empowerment ihrer Zielgruppe durch die politische Arbeit und d) in der Öffentlichkeitsarbeit, da das öffentliche Interesse an ihren Themen gewachsen ist.

Fast ein Viertel der Befragten betrachten es als Erfolg, dass die Zahl der Mitglieder durch kontinuierliche Vereinsaktivitäten zugenommen hat und sehen deshalb, dass ihrer Vereinsarbeit mehr Wertschätzung zuteilwird. Ein gutes Ergebnis und Grund zur Freude ist für 17% der Befragten, dass beantragte Projektmittel bewilligt und geplante Projekte erfolgreich umgesetzt und abgeschlossen werden konnten. Vor dem Hintergrund, dass die allermeisten MSO keine strukturelle Förderung erfahren und prekär ausgestattet sind, ist eine gelingende Projektakquise für die MSO überlebenswichtig und wird als Erfolg gewertet.

Im Hinblick auf das Thema politische Teilhabe ist es bedeutsam, dass nur 8% ihre Interessenvertretung in Gremien als einen Er-

folg ansehen. Dieses Ergebnis spiegelt wider, dass: a) nur ein geringer Anteil der Befragten in Gremien vertreten ist oder in der Lobbyarbeit Erfahrungen sammeln konnte und b) eine regelmäßige Beteiligung von MSO in entscheidenden Gremien nicht die Regel, sondern eher die Ausnahme bleibt.

Ebenso gering ist der Anteil derer (8%), die berichten, dass Kapazitätsaufbau bzw. Professionalisierung der Vereinsstrukturen stattgefunden hat und eine wirkungsvolle Vereinsarbeit ermöglicht. Positiv ist wiederum, dass einige (8%) denken, dass sie ihren Aufenthaltsstatus in Deutschland ihrem politischen menschenrechtlichen Engagement zu verdanken haben.

Obwohl eine starke Positionierung von MSO und damit auch den Mitgliedern in der politischen und zivilgesellschaftlichen Landschaft in Deutschland nach wie vor schwierig bleibt, bewerten 6% der Befragten es als Erfolg, dass sie ihr Engagement kontinuierlich aufrechterhalten.

Leider hat fast ein Viertel der an der Fragebogen-Erhebung Teilnehmenden keine Angaben über Erfolgserlebnisse gemacht.

Insgesamt verfolgen viele Migrantinnen* und Frauen* mit Fluchtgeschichte, die im Rahmen dieser explorativen Studie mitgemacht haben, einen Weg der kleinen Schritte und können diese

wertschätzen. Das folgende Zitat illustriert diese Haltung:

„Das Bestehen unserer Vereine und des Bundesverbands ist ein Erfolg. Auch wenn wir zu einem Thema nur eine Frau erreichen, ist das für mich ein Erfolg.“

*Hauptamtliche**

Es gibt diese beiden Hauptbefunde: Eine bedeutsame Barriere für die aktive politische Teilhabe von MSO ist ihre unzureichende Ausstattung und Infrastruktur. Es gibt für diese Organisationen keine Planungssicherheit, der Mangel an Personal- und Finanzressourcen macht eine konsequente Professionalisierung der Vereinsstrukturen und eine überzeugende Außenwirkung unmöglich. Es fehlt in vielen MSO an einer professionellen Organisationsstruktur mit Kompetenzen, die bei Bedarf abgerufen werden können. Eine solche Professionalisierung ist aber notwendig, um sich mit Vertreterinnen* in Gremien zu behaupten, erfolgreich lobbyistisch tätig zu werden und in der Öffentlichkeit sichtbarer zu sein. Bislang ist die tragende Säule der MSO das Ehrenamt. Hier besteht das Problem, dass Ehrenamtliche eine Balance zwischen ihrem Engagement, ihrer Erwerbsarbeit und Familie finden müssen. Ihre

Zeitressourcen sind zu begrenzt, um sich z.B. zuverlässig für die Lobby- und Gremienarbeit ihrer MSO zu engagieren. Mitunter fehlt vielen Ehrenamtlichen das Wissen über und die Erfahrung mit Lobby- und Gremienarbeit. Der Faktor Diskriminierungserleben spielt für fast die Hälfte (47%) der Befragten eine große Rolle und beeinflusst ihr Engagement bzw. fehlendes Engagement in Gremien. Diskriminierung stellt für die politische Teilhabe von Frauen* mit Migrations- und/oder Fluchtgeschichte nach wie vor eine Barriere dar. Die Auswertung hat ergeben, dass Diskriminierungserfahrungen erlebt werden aufgrund von: a) Aufenthaltsstatus, b) Sprache, c) Rassismus und d) Sexismus und/oder e) geringer Wertschätzung. Diskriminierung wird als demotivierend, frustrierend und verunsichernd erlebt und mindert das Gefühl, handlungsfähig zu sein.

Es gibt über diese Befunde hinaus vorläufige Erkenntnisse, die im Rahmen dieser Studie nicht hinreichend verifiziert werden konnten. Erst intensivere (Folge-) Untersuchungen würden es erlauben, konkrete Befunde zu diesen Themen zu bekommen:

1. Viele Befragte und Interviewpartnerinnen* sind der Ansicht, dass MSO nicht in gleichberechtigter Weise Zugang zu Fördermitteln bekommen wie traditionsreiche, große Wohlfahrtsverbände. Viele geförderte Projekte treffen nicht die tatsächlichen Bedarfe von Migrantinnen* und Frauen* mit Fluchtgeschichte, sondern werden initiiert, um den Projektträgern der Mehrheitsgesellschaft zugutezukommen. Inwieweit diese Annahme berechtigt ist, müsste näher untersucht werden.

2. Ebenso nicht hinreichend überprüft werden konnten Aussagen darüber, dass Vertreterinnen* von MSO lediglich eine Alibifunktion eingeräumt wird, sie aber nicht auf Augenhöhe mitgestalten und -entscheiden kön-

nen. Wichtig wäre, durch teilnehmende Beobachtung und weitere qualitative Erhebungen zu analysieren, wie sich die Position von MSO in Gremien ausgestaltet und ob gegebenenfalls Kurskorrekturen nötig sind. Ziel muss es sein, dass MSO in für sie bedeutsamen Gremien eine Gleichbehandlung erfahren, selbstbestimmt und gleichberechtigt teilhaben und mitbestimmen können.

Werden nun die Befunde der Studie zu Migrantinnen*organisationen von 2010 den Erkenntnissen dieser explorativen Studie gegenübergestellt, muss festgestellt werden, dass sich nach wie vor die politischen und zivilgesellschaftlichen Institutionen auf kommunaler wie auch auf Landes- und Bundesebene in Deutschland nicht interkulturell geöffnet zu haben scheinen. Noch immer fühlen sich Engagierte der MSO eher als Zulieferer*innen von Expertise im Rahmen von Migrations- und Integrationsthemen und nicht als Beteiligte* und Entscheiderinnen* im Rahmen politischer Prozesse und als Mitglieder von po-

litischen (Fach-)Gremien.⁴⁴ Die Mehrheit berichtet auch heute, dass sie sich teils diskriminiert und teils nicht ernst genommen fühlt.

Vor dem Hintergrund, dass MSO nachweislich die Zivilgesellschaft in Deutschland stärken, dass der Großteil der Aktiven in den MSO zum einen über einen Bildungs-

abschluss verfügt, berufstätig ist und Familie hat, ist es verwunderlich, dass für sie eine gleichberechtigte gesellschaftliche, kulturelle und politische Teilhabe noch nicht selbstverständlich geworden ist. Um diesem Ziel näher zu kommen, werden im Folgenden Handlungsempfehlungen ausgesprochen.

⁴⁴ Siehe dazu auch S. 44 f.

6

Handlungsempfehlungen

Folgende Handlungsempfehlungen, wie die politische Teilhabe von MSO gestärkt werden kann, wurden entweder in den Fragebögen und in den Interviews konkret formuliert oder sie ergeben sich aus den Befunden dieser qualitativen Erhebung.

Personelle Ausstattung und Infrastruktur finanzieren

- ◆ ausreichende Personal- und Finanzressourcen (u. a. Fortbildung der Ehrenamtlichen, Räume und Hardware) für MSO, um insgesamt überzeugender und erstarkt nach außen agieren zu können

Informierung und Professionalisierung

- ◆ niederschwellige, mehrsprachige Informations- und Aufklärungsveranstaltungen für MSO und ihre Mitglieder zum politischen System in Deutschland bereitstellen

- ◆ Nachhaltigkeit der politischen Arbeit der MSO gewährleisten durch niedrigschwellige, den Ausgangssituationen der MSO angepasste, weniger aufwendige Förderantragsverfahren
- ◆ Projekte bedarfsorientiert für die Zielgruppen gestalten
- ◆ MSO mit ihrer Expertise über die diversen Communities in die Fördergestaltung einbinden
- ◆ Synergien schaffen durch Erfahrungsaustausch und intensivere Vernetzung mit anderen Organisationen mit dem Ziel: ein Wissensmanagement entwickeln, sodass Expertise und Best Practice allen zugänglich werden
- ◆ Arbeit von MSO professionalisieren durch Weiterbildungsangebote zur Beantragung von Förder- und Projektmitteln, Projektmanagement, Öffentlichkeitsarbeit und Sachbearbeitung/Verwaltung

Wertschätzung der Expertise und der Potenziale von MSO

- ◆ die Arbeit von MSO von politischen Akteur*innen und Entscheider*innen ernster nehmen
- ◆ weiß-deutsche Institutionen, die Wohlfahrt, aber auch Wirtschafts- und Medienakteur*innen sensibilisieren und zu intersektionaler Diskriminierung bilden
- ◆ mehr Mitbestimmungsrechte und Entscheidungsgewalt für Migrations- und Integrations(bei)räte schaffen
- ◆ Konkurrenzverhalten aufgrund knapper Projektmittel untereinander und in Bezug auf weiß-deutsche Träger abbauen
- ◆ ein Qualitätsmanagement für die Vergabe von Projektmitteln entwickeln und einführen: Es muss gewährleistet sein, dass MSO, große Wohlfahrtsträger und andere Akteur*innen in dem Bereich Migration/Integration einen gleichberechtigten Zugang zu Fördermitteln bekommen. Ziel ist: Transparenz darüber schaffen, wohin Fördermittel fließen und mit wel-

chem Erfolg Projekte umgesetzt werden.

Politische Teilhabe und Inklusion für alle und überall

- ◆ Wahlrecht auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene für alle durchsetzen
- ◆ Inklusion bzw. interkulturelle Öffnung auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen befördern: durch Sprachdiversität und Akzeptanz sowie Wertschätzung von kultureller Vielfalt in Gremien und Bündnissen durch einen Dialog auf Augenhöhe
- ◆ Inklusionsstandards für staatliche Institutionen und Behörden, Parteien und Medienanstalten sowie NGOs definieren, weiterentwickeln und umsetzen, anstatt MSO lediglich eine Scheinpartizipation zu gewähren
- ◆ Betroffene, die einen unsicheren Aufenthaltsstatus haben oder deren Asylverfahren noch anhängig ist, sollten im Rahmen ihrer Möglichkeiten politisch aktiv sein, bleiben oder werden und somit sichtbar werden.

Exkurs in die Praxis: Politische Teilhabe auf allen Ebenen stärken

1. Engagement von Migrantinnen* stärken und sichtbar machen

Im Zeitraum vom November 2017 bis Ende 2019 hat DaMigra die politische Teilhabe von über 1000 mutigen Mädchen* und Frauen* mit Migrations- und Fluchtgeschichte unterstützt und gefördert.

Ziel des Projektes „Gleichberechtigte politische Teilhabe für Migrantinnen*“ war es, die politische Teilhabe von Frauen* mit Migrationsgeschichte zu bestärken und längerfristig ihre Teilhabe in Entscheidungsprozessen zu erhöhen. Gerade geflüchtete Frauen* haben oft negative Erfahrungen mit politischen Institutionen gemacht oder haben Berührungsängste aufgrund von Sprachbarrieren oder eines unsicheren Aufenthaltstitels. Mehrfachdiskriminierung aufgrund von Sexismus und Rassismus so-

wie mangelnde Informationen über (auch niedrigschwellige) Teilhabemöglichkeiten auf unterschiedlichen Ebenen stellen weitere wichtige Zugangsbarrieren dar.

Das Projekt hat bei Frauen* mit Migrations- oder Fluchterfahrung mögliche Ängste im Zusammenhang mit politischer Beteiligung abbauen und über die vielfältigen Teilhabemöglichkeiten informieren können, die Frauen* auf unterschiedlichen Ebenen, von der Schule der Kinder, über Vereine und bundesweite politische Prozesse, zur Verfügung stehen.

Grundsätzlich richtete sich das Projekt an alle Frauen* mit Migrationsgeschichte und damit an eine sehr heterogene Zielgruppe. Frauen* mit höheren Bildungsabschlüssen haben zum Beispiel

meist mehr Erfahrung mit politischer Teilhabe. Die zweite Generation hat meist ganz andere Herausforderungen und Fragestellungen als die erste. In Nordrhein-Westfalen, Mitteldeutschland und in Hessen (bis 2018) wurden jeden Monat durchschnittlich drei Veranstaltungen durchgeführt, die auf die jeweils spezifischen, höchst unterschiedlichen Bedarfe vor Ort eingingen.

Zum einen wurden Frauen* niedrigschwellig an politische Beteiligungsprozesse herangeführt. In Form von Filmvorführungen, Landtagsbesuchen und Gesprächsrunden wurden Teilhabemöglichkeiten aufgezeigt und Ängste abgebaut. Exklusive Frauen*räume (safer spaces), Referentinnen* mit eigener Migrationsgeschichte und kreativ-künstlerische Herangehensweisen erwiesen sich hierbei als Erfolgsfaktoren.

Darüber hinaus wurden einzelne politische Prozesse Schritt für Schritt begleitet. Demonstrationen wurden nicht nur gemeinsam besucht, sondern auch in der

Gruppe vor- und nachbereitet. Zuerst gab es Informationsveranstaltungen darüber, wie Demonstrationen in Deutschland funktionieren, welche Rechte, Pflichten und Risiken es gibt. Wir haben im Voraus diskutiert, was wir als Migrantinnen* und geflüchtete Frauen* an diesen Tagen fordern können. Wir haben gemeinsam Plakate mit unseren Forderungen erstellt. Am Tag der Demonstration haben wir gemeinsam unsere Forderungen an die Politik, Gesellschaft und Öffentlichkeit getragen. Diese kleinschrittige Arbeit zeigte die besten Erfolge: Eine Frau*, die zuvor nie eine Demonstration besucht hatte, geschweige denn vor einer größeren Öffentlichkeit gesprochen hatte, hielt später eine Rede vor mehreren Hundert Menschen in einer Sprache, die sie erst seit einigen Monaten lernte.

Eine Gruppe geflüchteter Frauen* in Leipzig entwickelte in Zukunftswerkstätten die Forderung nach einer Frauen*schwimmzeit in kommunalen Hallenbädern. Mit Infoständen, einem Forde-

rungsschreiben an die Stadt und durch Netzwerktreffen konnten sie die Verwirklichung eines Frauen*schwimmens in kommunalen Schwimmbädern erfolgreich vorantreiben.

Unsere Erfahrung zeigt: Viele Frauen* haben ein politisches Interesse und möchten sich für ihre Rechte einsetzen. Wenn sie jedoch bisher keine oder negative Erfahrungen mit politischer Beteiligung gemacht haben, braucht es einen langen Atem. Beteiligung ist als ein Prozess zu verstehen, der eine intensive Bedürfnisorientierung, Flexibilität, Empowerment-Maßnahmen, Beziehungsaufbau und transparente Informationen voraussetzt. Wenn diese Bedingungen gegeben sind, kann ein Vertrauen in die Politik aufgebaut werden und politisches (Selbst-)Bewusstsein gestärkt werden.

Zum anderen wurden Frauen*, die bereits politisch aktiv waren, in ihren bestehenden Beteiligungsformen unterstützt. Die Teilnehmerinnen* wurden in ihren politischen Bildungsprozessen gestärkt und ihre Anliegen

einer größeren Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Am Standort Nordrhein-Westfalen standen gewerkschaftliche Beteiligung und das Thema Erwerbsarbeit im Fokus. In Mitteldeutschland hingegen kristallisierten sich Fragen des Engagements an Bildungsinstitutionen heraus.

Die Förderung von Migrantinnen* in Gremien- und Lobbyarbeit erwies sich hingegen als schwierig. Je höher der Institutionalierungsgrad, desto langfristiger und eingefahrener sind die jeweiligen politischen Prozesse. Über einzelne pointierte Informations- und Empowermentveranstaltungen hinaus ist es kaum möglich, in einer begrenzten Projektlaufzeit messbare Erfolge zu erzielen. Ohne eine strukturelle Stärkung und Professionalisierung von MSO und eine konsequente Bereitschaft von Institutionen, ihre Strukturen für Frauen* mit Migrationsgeschichte zu öffnen und Bürger*innenbeteiligung an sich zu stärken, können wir lediglich an der Oberfläche kratzen und minimale Veränderungen herbei-

führen. Politische Beteiligung kann nur dann gestärkt werden, wenn ein Abbau von Diskriminierung damit einhergeht.

Viele Frauen* mit Migrationsgeschichte wählen andere politische Wege, um sich Gehör zu verschaffen und die Gesellschaft zu beeinflussen – sei es aufgrund von gläsernen Türen in den Gremien oder weil andere Ausdrucksformen einfach besser zu ihnen „passen“. Es braucht daher ein breites Politikverständnis, dass alle Formen der politischen Beteiligungsformen honoriert und stärkt. Vom Aufbegehren gegen Rollenmuster im Alltag, über Demonstrationen bis hin zum Engagement im Internet und in Vereinen. All das ist auch Politik. Ein gutes Beispiel der politischen

Teilhabe an der Schnittstelle zu Kultur ist das Schreibkollektiv PMS (Postmigrantische Störung). Aus politischen Schreibwerkstätten des Projekts entstanden, veröffentlicht es mittlerweile Texte zu den Themen Frau*sein und Rassismus und organisiert regelmäßige Lesungen.

Zum Abschluss des Projekts führte DaMigra Interviews mit Teilnehmerinnen* und Referentinnen* durch. Daraus entstanden ist die Broschüre „Speak Up, Sister!“, die sich an junge Frauen* mit Migrationsgeschichte wendet. Sie macht die Vielfalt politischer Beteiligungsformen sichtbar und ermutigt durch die Vorbilder anderer starker Frauen*, den ganz eigenen Weg in das politische Engagement zu finden.

2. Politische Rahmenbedingungen ändern

Neben der Stärkung des Engagements von Migrantinnen* und MSO, setzt sich DaMigra für eine Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen, insbesondere des Wahlrechts, ein. Vor

dem Hintergrund eines von der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e.V. 2018 initiierten Fachdialogs zum Thema „Kommunales Wahlrecht: Migrantinnen eine Stimme ge-

ben!“ entstand das Positionspapier zur politischen Teilhabe von Migrantinnen*.

Federführend erstellt von DaMigra e.V. in Kooperation mit der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e.V., dem Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen, der Arbeitsgruppe Frauen und Familie (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales) sowie dem Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V. wurde das Positionspapier an die Vorstände der Regierungsfraktionen und die fachpolitischen Sprecher*innen des Abgeordnetenhauses von Berlin überreicht.

Am 9.3.2020 fand die Anhörung des Positionspapiers im Abgeordneten Haus Berlin statt, in der die Geschäftsführerin* von DaMigra, Dr. Delal Atmaca, ein starkes Schlusswort sprach: „Daher sind wir der Meinung, dass Diversität und Wertschätzung durch interkulturelle Öffnung der Parteien und der politischen Gremien als höchste Priorität und als Ziel gesetzt werden und auch eine Art Diversitätsquote eingeführt werden sollte.“

Es reicht nicht, nur guten Willen und Gesicht zu zeigen und migrantische Frauen*organisationen projektbezogen zu fördern, vielmehr muss antirassistisches und feministisches Engagement dauerhaft verankert werden und langfristig gewährleistet sein.

Das funktioniert über eine auf Permanenz ausgerichtete institutionelle Förderung antirassistischer und feministischer Organisationen und Initiativen. Migrantinnen*selbstorganisationen platzen bald vor Ehrenamt – unzählige Überstunden, prekäre Arbeitsverhältnisse, unbezahlte Sorgearbeit und das alles in Kombination mit Mehrfachdiskriminierung und Rassismus. Wir müssen oft das Doppelte leisten und mit weniger Ressourcen auskommen als privilegierte Bevölkerungsgruppen.

Diese Chancenungleichheit und Ungleichberechtigung müssen gestoppt werden, damit Frauen* dort mehr Anerkennung finden und ankommen, wo sie auch tatsächlich

über ihre eigene Geschichte entscheiden dürfen.

Daher ist es enorm wichtig, dass das kommunale Wahlrecht auch für die Drittstaatsangehörigen eingeführt wird.⁴⁵

Die Anhörung war ein kleiner

Schritt in Richtung Kommunalwahlrecht und politische Teilhabe für alle Migrantinnen*. – Es ist noch viel zu tun. Das Thema bleibt nach wie vor höchstrelevant und brandaktuell.

Im Folgenden ist der Text des Positionspapiers abgedruckt.

Positionspapier zur politischen Teilhabe von Migrantinnen*

100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts und 70 Jahre nach Verabschiedung des Gleichberechtigungsartikels im Grundgesetz sind Frauen* nach wie vor in Parlamenten erheblich unterrepräsentiert, insbesondere auf kommunaler Ebene.¹ Noch massiver ist die Unterrepräsentanz von Abgeordneten mit Migrationsgeschichte. Sowohl auf der Bundes- und Länder- als auch auf der kommunalen Ebene entspricht der Anteil der zugewanderten Abgeordneten nicht annähernd ihrem Bevölkerungsanteil. In den Parlamenten spiegelt sich demnach die gesellschaftliche Vielfalt nicht wider. Das weist auf ein Demokratiedefizit hin.

Die Grundvoraussetzung einer Demokratie ist politische Mitbestimmung. Das Recht auf Teilhabe in allen Lebensbereichen – im Politischen, Sozialen, Wirtschaftlichen und Kulturellen – ist ein Menschenrecht. Nur durch die Mitbestimmung aller können Interessenvertretung und Meinungsbild als integraler Bestandteil von Demokratien gewährleistet werden.

Migrant*innen ohne deutsche oder andere europäische Staatsangehörigkeit wird das Recht nicht gewährt: Sie können weder gewählt werden noch ihre Stimme abgeben. Der Ausschluss vom Kommunalwahlrecht stellt das Demokratieverständnis infrage. Denn dadurch, dass EU-Bürger*innen seit dem Maastrichter Vertrag (1992) das aktive und passive Kommunalwahlrecht ge-

⁴⁵ Abgeordnetenhaus Berlin, Ausschuss für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation (2020): Wortprotokoll BuergEnPart 18/31 der Öffentlichen Sitzung am 09.03.2020, S. 5.

¹ Lukoschat, Helga & Belschner, Jana (2017): Macht zu gleichen Teilen. Ein Wegweiser zu Parität in der Politik. 2. Auflage. EAF Berlin. Diversity in Leadership.

nießen, Drittstaatsangehörige jedoch nicht, wird eine klare Differenzpolitik und Exklusion betrieben. Damit werden Menschen entmündigt und an politischer Teilhabe gehindert. Wenn universelle Menschenrechte Einzelnen verwehrt bleiben, betrifft das die ganze Gesellschaft. Deutschland fällt hier hinter die Mehrheit der EU-Länder zurück, die das kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige bereits verwirklicht haben.

Laut Statistischem Bundesamt sind circa eine halbe Million der in Berlin lebenden Migrant*innen Drittstaatsangehörige, denen das passive und aktive Wahlrecht vorenthalten wird.

Frauen* galten lange Zeit nicht als eigenständig Migrierende, wurden sie doch meist als Abhängige gesehen, deren Migration an jene von Männern gebunden war. Rollenbilder, Gewalterfahrung und strukturelle Diskriminierung erzeugen direkt oder indirekt zusätzliche Benachteiligungen, die die Möglichkeit zu eigenständiger politischer Partizipation umso dringender machen. Denn: Zu-

gang zu mehr Autonomie und zu besserer Kontrolle über Ressourcen geht einher mit Geschlechtergerechtigkeit und der Chance zur Veränderung von gesellschaftlichen Strukturen, die durch politische Teilhabe von Migrantinnen* seinen Ausdruck fände.

Politische Teilhabe von Migrantinnen* auf allen Ebenen zu stärken, ist ein Bekenntnis und ein starkes Zeichen für die Anerkennung von Zugewanderten als Bürgerinnen* dieses Landes, in dem sie am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben. Ungerechte Verteilung von Chancen gefährdet das Zusammenleben und schwächt damit das Vertrauen in die demokratischen Institutionen.

Das vorliegende Positionspapier fordert daher die Politik auf, das eindeutige Demokratiedefizit zu beheben und sich für das Kommunalwahlrecht für alle Migrierten sowie gleichberechtigte politische Teilhabe von Migrantinnen* aktiv einzusetzen. Insbesondere vor dem Hintergrund eines erstarkenden Rechtspopulismus, Nationa-

lismus und der rassistischen Vereinnahmung bzw. Instrumentalisierung von Migrationsdebatten sind die Solidarität und Anerkennung einer toleranten, demokratischen Gesellschaft ein Muss!

Die politisch Verantwortlichen im Abgeordnetenhaus, in den für die Bereiche Integration, Migration und Frauen* zuständigen Senatsverwaltungen und in den Bezirksverwaltungen von Berlin **sind aufgerufen, sich** für die gesetzliche Verankerung folgender Maßnahmen zur politischen Teil-

habe von Migrantinnen* **einzusetzen:**

1. die Ausweitung des Wahlrechts für Drittstaatsangehörige zumindest auf kommunaler Ebene,
2. Ermöglichung der Zugänge, Chancengleichheit und einer der Bevölkerung entsprechenden Repräsentanz von Frauen* mit und ohne Migrationsgeschichte,
3. die Anerkennung und institutionelle Förderung von Migrantinnen*selbstorganisationen und deren Strukturen.

I. Einführung des aktiven und passiven kommunalen Wahlrechts für Drittstaatsangehörige

Wir fordern die Änderung des Berliner Landeswahlgesetzes und plädieren für die Ausweitung des uneingeschränkten kommunalen Wahlrechts für Drittstaatsangehörige, denn: Ungleichgewicht zwischen Teilhabe, Interessenvertretung und der politischen Handlungsfähigkeit weisen auf ein klares Demokratiedefizit hin.

Perspektiven und Zukunftsvisionen können sich allein auf einer breiten Basis – je diverser die Basis, desto pluraler die Ziel- und Maßnahmenentwicklung – eröffnen. Nur so kann Demokratie lebendig und allumfassend werden. Gleichberechtigte Teilhabe ist erst dann möglich, wenn die Stimmen nicht nur beratend (Ausländerbeiräte, zivil-

gesellschaftliches Engagement etc.) angehört werden, sondern wenn folgende Argumente berücksichtigt werden:

- ◆ Gerade Kommunalpolitik und Teilhabe daran ist für alle Menschen vor Ort wichtig.
- ◆ Mitbestimmungsrecht ist ein verfasstes Recht für Bürger*innen. Migrant*innen aus Drittstaaten werden zu Bürger*innen zweiter (EU-Bürger*innen) und dritter (Drittstaatsangehörige) Klasse gemacht, was jeglichen demokratischen Werten widerspricht.
- ◆ Wenn Parlamente oder Räte die Vielfalt der Bevölkerung nicht repräsentieren, bedeutet es eine Schiefelage, wie u. a. im Gender- und Diversity-Gap² widerspiegelt wird. Dieses Ungleichgewicht lässt an der Chancengleichheit zweifeln und schadet dem Vertrauen in das System. Zudem wird damit signalisiert, dass Drittstaats-

angehörige nicht gleichberechtigte Mitglieder in dieser Gesellschaft sind. Sie werden damit aus der Gemeinschaft der „Mitbestimmenden“ ausgeschlossen.

- ◆ Das politische Engagement von Frauen* mit Migrations- und Fluchtgeschichte wird nicht anerkannt, weil sie von struktureller Ausgrenzung betroffen sind. Kommunales Wahlrecht für alle kann nicht nur migrationspolitische, frauenrechtliche und anti-rassistische Kämpfe sichtbar machen, sondern die politische Debatte heterogener, weltoffener und diverser – der pluralistischen Realität entsprechend – gestalten.
- ◆ Demokratische politische Teilhabe heißt auch, Verantwortung übernehmen zu dürfen. Das ist nur dann möglich, wenn Zugänge zu Entscheidungsebenen für alle offen und nicht an Bedingungen

² Mehr zum Thema in *The Politics Of Presence* (Oxford Political Theory): *Political Representation of Gender, Race and Ethnicity* (Englisch) von Anne Phillips, 1998.

geknüpft sind, welche beispielsweise restriktive aufent-

haltsrechtliche Regelungen vorschreiben.³

II. Erhöhung der Repräsentanz, Akzeptanz und Anerkennung von Migrantinnen* in Parteien und politischen Gremien

Wir fordern, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um den Anteil von Frauen* mit Migrationsgeschichte in den Orts- und Landesverbänden der Parteien sowie politischen Gremien zu erhöhen. Die Maßnahmen sollen in der aktuellen Überarbeitung des *Gesetzes zur Regelung von Partizipation*

und Integration in Berlin Berücksichtigung finden.

Seit Anfang der 90er Jahre stagnieren die Frauen*anteile im Bundestag sowie in den Landes- und Kommunalparlamenten – trotz innerparteilicher Selbstverpflichtungen einiger Parteien

³ Diese Einschränkungen betreffen alle relevanten Lebensbereiche, an welchen nicht alle Migrantinnen* teilhaben dürfen, sei es Arbeitsmarkt, Gewaltschutz, Soziales oder Politisches:

- Beispielsweise verfügen einige von Gewalt betroffene Migrantinnen* nicht über einen eigenständigen Aufenthaltstitel und sind trotz Forderungen der Istanbul-Konvention nicht geschützt.
- Die Residenzpflicht verhindert, dass gewaltbetroffene Frauen*, die sich an ihrem derzeitigen Wohnort an ein Frauen*schutzhaus wenden, das gerade keine freien Plätze zur Verfügung hat, an ein anderes Haus verwiesen werden, bzw. einen freien Platz in einer anderen Einrichtung erhalten.
- Das Recht auf Arbeit (ökonomische Teilhabe) ist ein Menschenrecht (§ 23 der Menschenrechte-Charta), welches jedoch durch eine restriktive Einwanderungspolitik eingeschränkt wird: Es braucht strukturelle Förderung und langfristige Maßnahmen, die Menschen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus, mit Würde und Respekt vor ihrem bisherigen (Arbeits-)Leben in die Gesellschaft inkludieren.
- Kommunales Wahlrecht für alle könnte ein erster großer Schritt sein, sodass auf Belange von Migrantinnen* in allen Lebensbereichen gerecht eingegangen würde.

und trotz des staatlichen Gleichstellungsauftrags in Artikel 3 des Grundgesetzes. In deutschen Großstädten liegt der Frauen*anteil durchschnittlich bei 25 %, in kleineren Gemeinden teilweise erheblich darunter.⁴ Damit werden die Interessen der weiblichen Bevölkerungsmehrheit (rund 51%) in den Parlamenten nicht angemessen vertreten.

Der Anteil von Migrantinnen* oder deren Nachkommen in den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen wird aufgrund datenschutzrechtlicher Bedenken nicht erhoben, was jedoch dazu führt, dass weder deren Leistungen für die Kommunalpolitik noch deren anzunehmende Unterrepräsentanz sichtbar gemacht werden können.

Da Frauen* nach wie vor überproportional viel Familienverantwortung übernehmen, ist es für sie schwieriger, ehrenamtliche kommunalpolitische Man-

date auszuüben. Zudem werden Frauen* seltener aktiv aus Parteien und Netzwerken angesprochen. Es bestehen außerdem keine offiziellen Nominierungskommissionen für Direktmandate wie auf Landes- und Bundesebene, obwohl der Anteil von Sitzen, die als Direktmandate vergeben werden, direkten Einfluss auf die Partizipationschancen von Frauen* hat.⁵ Migrantinnen* sind von den genannten Ausschlussmechanismen aufgrund von struktureller Benachteiligung (etwa eingeschränkte politische Rechte sowie Mehrfachdiskriminierungen und Rassismuserfahrung), die viele von ihnen auch in Parteien oder in politischen Gremien erleben, in noch höherem Maße betroffen als Frauen* ohne Migrationsgeschichte. Oft gehören sie aus denselben Gründen den sozioökonomisch schwächeren Teilen der Bevölkerung an, was eine eh-

⁴ Lukoschat, Helga/Belschner, Jana (2017): Macht zu gleichen Teilen. Ein Wegweiser zu Parität in der Politik. 2. Auflage. EAF Berlin. Diversity in Leadership.

⁵ A.a.O.

renamtliche Tätigkeit zusätzlich erschwert.⁶

Wir fordern

- ◆ die Änderung des Berliner Landeswahlgesetzes dahingehend, dass die Parteien mithilfe von entsprechenden Regelungen in Bezug auf die Kandidat*innenlisten (z.B. horizontale Quotierung) dazu verpflichtet werden, Migrantinnen* aktiv als Bezirksverordnete zu gewinnen,
- ◆ dass die Parteien die innerparteiliche Nachwuchsförderung z.B. durch überparteiliche Mentorinnen*-Programme auf Frauen* mit Migrationsgeschichte ausrichten, aktiv um diese werben und ihre Wähler*innenschaft beispielsweise in Form von mehrsprachigen Informationen und Kampagnen für die bislang bestehen-

de Benachteiligung sensibilisieren,

- ◆ dass bei der Wahl der Bürgerdeputierten mit Migrationsgeschichte nicht nur diese für die Integrationsausschüsse bestellt werden, sondern ihr Anteil in allen Ausschüssen aktiv erhöht wird,
- ◆ ein Landesprogramm mit dem Ziel einer geschlechtergerechten und diversitätsorientierten Öffnung von Parteien und eines diskriminierungsfreien Zugangs zu Parteien, politischen Institutionen und Ämtern, um eine entsprechende Repräsentanz von Frauen* mit und ohne Migrationsgeschichte zu ermöglichen. Das bedeutet, diversitätsorientierte Paritätsgesetzgebungen aktiv auf kommunaler Ebene einzubringen und die Debatte voranzutreiben

⁶ Atmaca, Dr. Delal (2016) in: Teilhabe jetzt! Gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen* in Deutschland: Dokumentation der DaMigra Jahreskonferenz. Berlin. S. 4-5.

III. Stärkung von Organisationen der Interessenvertretung von Migrantinnen*

Wir fordern die Einbeziehung von Migrantinnen*selbstorganisationen als Expertinnen* in allen sozialen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Fragen. Ebenso fordern wir Ermöglichung der Teilnahme aller Migrantinnen* an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten.

Migrantinnen*selbstorganisationen tragen seit Jahrzehnten wesentlich dazu bei, unsere Gesellschaft offener und gerechter zu machen. Sie sind Ansprechpartnerinnen* für Frauen* mit Migrations- und Fluchtgeschichte, durch ihre Mehrsprachigkeit und kulturelle Vielfalt sind sie Brückenbauerinnen*. Migrantinnen*selbstorganisationen sind nicht nur Expertinnen* für Sozial- und Teilhabepolitik, ihre Expertise umfasst alle gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereiche. Sie beraten Unternehmen und Behörden, zeigen strukturelle Diskriminierung oder andere Barrieren auf und bekämpfen tagtäglich Rassismus und Mehr-

fachdiskriminierung. Seit vielen Jahren erleichtern die Organisationen auf diese Weise die kulturelle, gesellschaftliche und politische Teilhabe für Frauen* mit Migrations- und Fluchtgeschichte. Ihre Arbeit ist unersetzlich. Gleichzeitig basiert sie aber in den meisten Fällen auf ehrenamtlichem Engagement oder anderen prekären Beschäftigungsformen.

Deswegen müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um die Arbeit der Organisationen zu professionalisieren und ihre Expertise zu sichern. Migrantinnen*selbstorganisationen brauchen öffentliche Anerkennung und Wertschätzung sowie staatliche Förderung.

Wir fordern

◆ gleiche Chancen für Migrant*innenorganisationen, Anerkennung und Wertschätzung des gesellschaftlichen Beitrags, den Migrant*innenorganisationen leisten, und die langfristige Finanzierung auf institutioneller Ebene. Sie ist die Grundlage zur

Sicherung von migrantischen Projekten und Organisationen,
◆ die Professionalisierung sowie nachhaltige institutionelle Förderung anstatt befristeter, kurzfristig angelegter und unzureichender Projektfinanzierung. Gesicherte Strukturförderung ist nicht nur eine Frage der Wertschätzung von Arbeit, sondern wirkt prekären Arbeitsverhältnissen entgegen und schafft unabhängige Entscheidungsfindung und gesellschaftspolitische Handlungsräume,
◆ die Sichtbarkeit und Anerkennung der Mehrfachdiskriminierung von Frauen* mit Flucht-

und Migrationsgeschichte in ihrer gesamtgesellschaftlichen Tragweite,

◆ ein verstärktes Engagement im Bereich der diversitätsgerechten Öffnung der Parteien, Verbände und Institutionen, um Frauen* mit Flucht- und Migrationserfahrung für sich selbst sprechen zu lassen,
◆ Strategien zu entwickeln, um bestehende außerparlamentarische Organisationen, Initiativen und Netzwerke zu fördern, deren Ziel es ist, die politische Teilhabe von Migrantinnen* zu stärken sowie weitere entsprechende Projekte und Kampagnen zu initiieren.

**Migrantinnen*rechte sind Menschenrechte!
Und Wahlrecht ist ein Menschenrecht.**

**Migrantinnen* wollen mitbestimmen.
Sie wollen über sich selbst bestimmen.**

**Gesellschaftlicher Zusammenhalt braucht die volle Umsetzung demokratischer Werte – für alle Bürger*innen!
Demokratie braucht alle Stimmen!**

**Chancengleichheit, Anerkennung und
gleichberechtigte Teilhabe für ALLE jetzt!⁷**

⁷ An dieser Stelle wurden redaktionelle Änderungen vorgenommen. Die ursprüngliche Fassung finden Sie unter folgendem Link: <https://www.damigra.de/meldungen/positionspapier-zur-politischen-teilhabe-von-migrantinnen/>

Nachbemerkung

Der Kampf um politische Rechte ist ein Kraftakt. Seit Jahrzehnten sind Frauen* mit Migrationsgeschichte politisch organisiert und kämpfen für ihre politische Teilhabe. Sie kämpfen für die Einlösung des Versprechens der Demokratie. Entgegen aller Widerigkeiten nehmen sie sich ihren Platz und setzen sich für gleiche Rechte und Chancen ein. Sie stellen sich gegen Zugangsbarrieren seitens der öffentlichen Institutionen und der Gesellschaft. Noch

immer erschweren Rassismus, Sexismus und Mehrfachdiskriminierung die politische Mitbestimmung. Es ist die Aufgabe der gesamten Gesellschaft, diese Barrieren abzubauen und eine starke Demokratie zu errichten, in der Interessenvertretung und Meinungsbildung für alle Bürger*innen möglich sind. Teil dieser Gesellschaft zu sein, heißt teilhaben zu können und zu dürfen – ob im Verein, an der Schule oder im Rathaus.

Literatur

- Abgeordnetenhaus Berlin, Ausschuss für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation (2020). Wortprotokoll BuergEnPart 18/31 der Öffentlichen Sitzung am 09.03.2020, Berlin, <https://www.parlament-berlin.de/ados/18/BuergEnPart/protokoll/bep18-031-wp.pdf> [Stand: 29.06.2020]
- Ahokas, Laura (2010): Promoting immigrants' democratic participation and integration, EPACE Theme Publication, <https://ec.europa.eu/migrant-integration/librarydoc/promoting-immigrants-democratic-participation-and-integration> [Stand: 20.09.2019]
- Alemann, Ulrich von/Eckert, Florian (2006): Lobbyismus als Schattenpolitik. In: Verbände und Lobbyismus. APUZ 15-16. Bundeszentrale für politische Bildung. Berlin, <http://www.bpb.de/apuz/29795/lobbyismus-als-schattenpolitik?p=all> [Stand 21.09.2019]
- Boyd, Monica/Grieco, Elizabeth (2003): Women and Migration: Incorporating Gender into International Migration Theory, Migration Policy Institute, <https://www.migrationpolicy.org/article/women-and-migration-incorporating-gender-international-migration-theory> [Stand: 14.06.2019]
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2009): <http://www.bamf.de> [Stand: 28.08.2019]
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2019): Migrationsbericht 2016/2017, http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Migrationsberichte/migrationsbericht-2016-2017.pdf?__blob=publicationFile# [Stand: 12.09.2019]
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2010): Forschungsstudie Migrantinnenorganisationen in Deutschland. Berlin, <https://www.bmfsfj.de/blob/94342/bbf84a8a898dde66138874e2efb6b944/migrantinnenorganisationen-in-deutschland-abschlussbericht-data.pdf> [Stand: 28.08.2019]
- Bundeszentrale für politische Bildung, „Politische Beteiligung/Politische Partizipation“, <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202091/politische-beteiligung-politische-partizipation?p=all> [Stand: 21.09.2019]
- Bundeszentrale für politische Bildung (26.09.2018): Bevölkerung mit Migrationshintergrund I, <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61646/migrationshintergrund-i> [Stand: 21.09.2019]
- DaMigra e.V. (Hg.) (2017a): Teilhabe jetzt! Gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen* in Deutschland. Dokumentation der DaMigra-Jahreskonferenz im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 16. bis 17. September 2016, Berlin, <https://www.damigra.de/themen/politische-teilhabe/> [Stand: 21.09.2019]
- DaMigra e.V. (Hg.) (August 2017b): Gleiche Stimme – Gleiche Rechte! Politische Teilhabe für Migrantinnen jetzt! Dokumentation der Jahreskonferenz von DaMigra am 09.06.2017 in der Werkstatt der Kulturen, Berlin, <https://www.damigra.de/themen/politische-teilhabe/> [Stand: 21.09.2019]
- Erpenbeck, Gabriele (1999) „Political and social participation of immigrants in Germany. S. 139–142, https://www.coe.int/t/dg3/migration/archives/Documentation/Series_Community_Relations/Participation_public_life_report_en.pdf [Stand: 20.09.2019]
- Fenzel, Birgit (2011): Vielfalt im Stadtrat. In: MaxPlanckForschung, Heft 3/2011, S. 19–23, https://www.mpg.de/4622735/MPF_2011_3 [Stand: 21.09.2019]
- Gobert, Jonas (2014): Verbände in staatsnahen Gremien. Die politische Soziologie der funktionalen Repräsentation. Wiesbaden: Springer VS.
- Hondagneu-Sotelo, Pierette (2000): Feminism and Migration. The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science, 571(1),

S. 107–120, <https://doi.org/10.1177/000271620057100108> [Stand: 21.09.2019]

Jones-Correa, Michael (1998): *Different Paths: Gender, Immigration and Political Participation*. *International Migration Review*, 32(2), S. 326–349, <https://doi.org/10.1177/019791839803200202> [Stand: 21.09.2019]

Kuckartz, Udo (2016): *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden. Praxis, Computerunterstützung*. Weinheim, Basel

Lukoschat, Helga/Belschner, Jana (2017): *Macht zu gleichen Teilen. Ein Wegweiser zu Parität in der Politik*. 2. Auflage. EAF Berlin. *Diversity in Leadership*

Lutz, Helma (2018): *Care migration: The connectivity between care chains, care circulation and transnational social inequality*. *Current Sociology*, 66(4), S. 577–589

Mattes, Monika (2005): *„Gastarbeiterinnen“ in der Bundesrepublik. Anwerbepolitik, Migration und Geschlecht in den 50er bis 70er Jahren*. Frankfurt: Campus Verlag

Nullmeier, Frank/Pritzlaff, Tanja/Weihe, Anne C./Baumgarten, Britta (2008): *Entscheiden in Gremien. Von der Videoaufzeichnung zur Prozessanalyse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Phillips, Anne (1998): *The Politics Of Presence (Oxford Political Theory): Political Representation of Gender, Race and Ethnicity*, Oxford

PHINEO (Oktober 2018): *Fempowerment: Geflüchtete Frauen in Deutschland Stärken*, <https://www.bmfsfj.de/blob/129754/630babbd1ba33da39f69380f88318f73/phineo-expertise-fempowerment-data.pdf> [Stand: 12.09.2019]

Research Methodology, „Snowball Sampling“, <http://research-methodology.net/sampling-in-primary-data-collection/snowball-sampling/> [Stand: 28.08.2019]

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) (Hg.) (2019): *Mit der Politik auf Du und Du? Wie Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ihre politische Selbstwirksam-*

keit wahrnehmen. Policy Brief des SVR-Forschungsbereichs 2019-1, https://www.svr-migration.de/publikationen/politische_selbstwirksamkeit/ [Stand: 19.09.2019]

Spivak, Gayatri Chakravorty (1996): *Bonding in Difference: An Interview with Alfred Arteaga*. In: Landry, Donna/MacLean, Gerald (Hg.): *The Spivak Reader. Selected Works of Gayatri Chakravorty Spivak*. New York: Routledge

Yildiz, Leyla (2014): *Gender in International Migration Studies and Migrant Women’s Position in the European Union*, Istanbul Bilgi University, European Institute, Jean Monnet Center of Excellence, Working Paper Nr. 7. https://eu.bilgi.edu.tr/media/files/WORKING_PAPER_7-3.pdf [Stand: 20.09.2019]

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Staatsangehörigkeit(en) der Befragten	21
Abb. 2: Altersdurchschnitt der Befragten (in Jahren)	22
Abb. 3: Haben Sie einen Bildungsabschluss?	23
Abb. 4: Sind Sie verheiratet?	23
Abb. 5: Haben Sie Kinder?	24
Abb. 6: Vereinsaktivitäten	28
Abb. 7: Dauer des Vereinsengagements (in Jahren)	29
Abb. 8: Position im Verein	30
Abb. 9: Grund für die Mitgliedschaft	30
Abb. 10: Gehören Sie einer Partei an?	31
Abb. 11: Dauer der Parteizugehörigkeit (in Jahren)	32
Abb. 12: Position in der Partei	32
Abb. 13: Haben Sie Erfahrungen mit Gremien- und Lobbyarbeit?	37
Abb. 14: Teilnahme an Gremien	38
Abb. 15: Diskriminierungserfahrungen	43
Abb. 16: Förderung politischer Teilhabe durch	60

Herausgeberin

Dr. Delal Atmaca

DaMigra e. V. – Dachverband der Migrantinnenorganisationen

Am Sudhaus 2, 12053 Berlin

info@damigra.de

www.damigra.de

Erhebung, Auswertung Nadiye Ünsal, Tijana Vukmirović

Redaktion Daria Ankudinova, Dr. Delal Atmaca, Katharina Sawatzki,

Nadiye Ünsal, Alexandra Vogel, Tijana Vukmirović

Wissenschaftliches Lektorat, Korrektorat Verena Mörath, Elif Artan,

Daria Ankudinova, Erdmute Hufenreuter

Layout Mitteldeutscher Verlag

Foto Shaheen Wacker

Redaktionsschluss Juni 2020

Dieses Werk ist unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung – Nicht-kommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International zugänglich.

<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/>



ISBN 978-3-9819672-2-7

Hinweis zur gendersensiblen Schreibweise

Als intersektional feministisch denkender und handelnder Dachverband von und für Migrantinnen* in Deutschland verwendet DaMigra e. V. eine gendersensible Schreibweise mit Sternchen. Dies soll über die Zweigeschlechtlichkeit („Frauen“ und „Männer“) hinausweisen und die tatsächliche Vielfalt von Geschlechtern symbolisieren. Die Angebote von DaMigra e. V. richten sich an Frauen*. Gemeint sind damit alle Personen, die sich selbst als Frauen* bezeichnen und/oder in unserer Gesellschaft Erfahrungen als Frauen* machen.

Printed in Germany



Gefördert von



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages